

„MEIN SOHN IST EIGENTLICH EIN SEHR GUTER MENSCH...“

Zwischenergebnisse aus dem Bundesmodellprojekt
Recall – Mit Eltern gegen rechts.



Recall

Mit Eltern gegen rechts!

Im Projekt „RECALL - Mit Eltern gegen rechts“ werden methodische Ansätze von Elternarbeit, die gegen Rechtsextremismus wirken, für die Alltagspraxis von Elternberaterinnen und Elternberatern entwickelt. Der Zugang zu den Eltern erfolgt niedrigschwellig über aufsuchende Angebote sowie über Verweisungen von Partnerinstitutionen. Darüber hinaus bietet Recall für Mitarbeitende in pädagogischen Berufen Weiterbildungen zum Thema Rechtsextremismus / Elternarbeit an.

„RECALL - Mit Eltern gegen rechts“ ist ein Kooperationsprojekt des Verbundes Sozialpädagogischer Projekte Dresden e.V. mit dem Kulturbüro Sachsen e.V. und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband / Landesverband Sachsen e.V. Es wird gefördert durch das Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT.“ und dem Freistaat Sachsen.



Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ und den Freistaat Sachsen.

Mit dem auf Dauer angelegten Programm „Vielfalt tut gut“ verstärkt die Bundesregierung den Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in Deutschland. Ziel ist es, Vielfalt, Toleranz und Demokratie als zentrale Werte der Gesellschaft zu festigen und vor allem Kinder und Jugendliche früh für diese grundlegenden Regeln eines friedlichen und demokratischen Zusammenlebens zu gewinnen.

„MEIN SOHN IST EIGENTLICH EIN SEHR GUTER MENSCH...“

Zwischenergebnisse aus dem Bundesmodellprojekt Recall – Mit Eltern gegen rechts.

IMPRESSUM

„Mein Sohn ist eigentlich ein sehr guter Mensch...“

Zwischenergebnisse aus dem Bundesmodellprojekt „Recall – Mit Eltern gegen rechts.“

Herausgeber: Kulturbüro Sachsen e.V., Bautzner Str. 45, 01099 Dresden
<http://kulturbuero-sachsen.de>

Layout: www.mitzomedia.de

Redaktionsschluss: 2. Januar 2010

Auflage: 500 Stück

Erscheinungsjahr: 2010

Die elektronische Version können Sie herunterladen unter www.kulturbuero-sachsen.de

V.i.S.d.P.: Grit Hanneforth, Geschäftsführerin des Kulturbüro Sachsen e.V., Bautzner Str. 45,
01099 Dresden

INHALT

- 6 Einleitung
- 9 **LARS ROHWER**
Grußwort
- 11 **REINER BECKER**
Ein normales Familienleben
- 26 **CLAUDIA JERZAK**
Die familienpolitischen Grundsätze der NPD
- 32 **DANILO STAROSTA**
Gründungszusammenhänge des Projektes „Recall – Mit Eltern gegen Rechts“
- 35 **ELTERNBERATER_INNEN DES RECALL-PROJEKTES**
Elternberatung im Spannungsfeld Rechtsextremismus
- 43 **MICHAEL NATTKE**
Die Entwicklung des Recall-Fortbildungscurriculums
- 46 **GRIT HANNEFORTH UND MICHAEL NATTKE**
Die Nachhaltigkeit des Bundesmodellprojektes „Recall – Mit Eltern gegen Rechts“
- 48 Autorinnen und Autoren
- 49 Organisationen

EINLEITUNG

Der Freistaat Sachsen ist seit vielen Jahren eine besondere Problemregion des organisierten Rechtsextremismus in Deutschland. Dies ist nicht nur an den zahlreichen Wahlerfolgen der neonazistischen Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) abzulesen, die in Sachsen mittlerweile über mehr als 100 Kommunalmandate und acht Landtagsabgeordnete verfügt.¹ Die kontinuierlich hohen Zahlen gewalttätiger rassistischer oder anderer rechts-motivierter Übergriffe ist vor allem für Menschen nicht-deutscher Herkunft oder in alternativen Lebensformen eine ständige Bedrohung. Statistisch gesehen ist im Jahr 2008 in Sachsen kein Tag ohne einen Überfall von Neonazis auf andere Menschen vergangen.² Durch jahrelange Aufbauarbeit ist es dem organisierten Neonazismus in Sachsen gelungen, sich hervorragend zu vernetzen und über eigene Konzertveranstaltungen, Events, Läden, Versände und Musiklabels eine insbesondere für junge Menschen attraktive Subkultur zu etablieren. In einigen ländlichen Regionen Sachsens sind neonazistische Jugend-Subkulturen hegemonial.

Die Aktivitäten zur Zurückdrängung neonazistischer Bestrebungen und zur Stärkung einer demokratischen, offenen Gesellschaft müssen auf unterschiedlichen Ebenen geführt werden. Neben der Auseinandersetzung in den Schulen, die mit einer klaren Positionierung der Bildungseinrichtungen sowie Lehrerinnen und Lehrern für die Grundlagen von Menschenrechten und freiheitlich-demokratischer Grundordnung einhergehen muss, wird auch die Jugendarbeit immer wieder aufgefordert, präventiv gegen Neonazismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu wirken. Bildungsarbeit und Jugendarbeit stehen seit Jahren im Mittelpunkt der Bemühungen um eine Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Aus dem Blickfeld gerieten hingegen sehr oft die Lebensbereiche von jungen Menschen, die über diese beiden Facetten hinausgehen.

Zur nachhaltigen Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus und zur Stärkung der bildungspolitischen und pädagogischen Arbeit in diesem Bereich hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum 1. Januar 2007 das neue Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT. Jugend

1 Bringt/Nattke. (2010). Mustergau Sachsen. Moderne Nazis im Freistaat und die besondere Problematik des ländlichen Raums. In: Burschell (Hrsg.). Stadt – Land – Rechts: Brauner Alltag in der deutschen Provinz. S. 152-164

2 Opferberatungsstellen für Betroffene rechtsextremer und rassistischer Gewalt. (2009). Rechtsextrem und rassistisch motivierte Angriffe in Sachsen 2008. Eine Statistik der Opferberatungsstellen. Online: http://www.raa-sachsen.de/images/Statistiken/statistik_sachsen_2008.pdf.

für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ aufgelegt. Im Rahmen dieses Programms entwickelten der Verbund Sozialpädagogischer Projekte Dresden e.V. (VSP), der Paritätische Landesverband Sachsen und das Kulturbüro Sachsen e.V. ab Sommer 2007 das Bundesmodellprojekt „Recall – Mit Eltern gegen rechts“. Recall hat sich zur Aufgabe gestellt, Ansätze der Elternarbeit im Spannungsfeld Rechtsextremismus zu entwickeln und modellhaft zu testen. Konzepte der Elternarbeit sollten darüber hinaus in die Angebote von Familien-und/oder Elternberatungsstellen implementiert und nachhaltig auf den Freistaat Sachsen übertragen werden.

Neun Monate vor dem Auslaufen der Förderung durch das Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ ist es für uns an der Zeit, eine erste Bilanz zu ziehen und die Arbeit der vergangenen Jahre einzuschätzen. Dabei sollen unsere Erfahrungen im Modellzeitraum veröffentlicht und zur Diskussion gestellt werden. Darüber hinaus bietet sich die Möglichkeit, darzustellen was für eine Nachhaltigkeit des Projektes in den nächsten Monaten und Jahren geleistet werden muss. Ein erster Satz der Eltern, welche das Beratungsprojekt von Recall genutzt haben, war oft: „Mein Sohn ist eigentlich ein sehr guter Mensch.“ Nur mit dieser Selbstvergewisserung ist es scheinbar möglich über die rechtsextremen Einstellungen des eigenen Kindes zu sprechen.

Wir freuen uns sehr, dass Herr Lars Rohwer, Landtagsabgeordneter der CDU in Sachsen, dieser Zwischendokumentation ein Grußwort gewidmet hat.

Reiner Becker hat im Rahmen seiner Dissertation im interdisziplinären Graduiertenkolleg „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“, welches von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert wird, eine umfangreiche Studie zur Interaktion und Kommunikation zwischen Eltern und ihren rechtsorientierten Kindern durchgeführt. In seinem Beitrag wird er basierend auf qualitativen Interviews typische familiäre Kommunikations- und Interaktionsräume eruieren und miteinander vergleichen. Die Arbeit von Becker leistet einen grundlegenden Beitrag zum Verständnis des Sozialisationsortes Familie im Zusammenhang mit Rechtsextremismus.

Bei der Konzeption von Elternarbeit im Spannungsfeld von Neonazismus, Völkischem-Nationalismus und Rassismus gilt es die Frage zu klären, welchen Stellenwert die Familie in der Ideologie extremer Rechter einnimmt. Claudia Jerzak vom Redaktionskollektiv Nazis in den Parlamenten (NiP Sachsen) analysiert das Familienbild und die Familienpolitik der neonazistischen NPD. Auf verschiedenen Ebenen wird dabei deutlich, dass eine bestimmte Form von Familie in der Ideologie moderner Nazis eine bedeutende Rolle spielt. Umso wichtiger scheint auf Grundlage der Analyse von Jerzak die Interventionsarbeit des Recall-Projektes.

Danilo Starosta, der durch sein langjähriges persönliches Engagement an der Konzeption von Recall maßgeblichen Anteil trägt, wird die Gründungszusammenhänge sowie die Trägerstruktur des Modellprojektes beschreiben.

Kern dieser Zwischendokumentation ist zweifelsfrei der Erfahrungsbericht der Beraterinnen und Berater, welche seit fast zwei Jahren die Elternarbeit im Spannungsfeld Rechtsextremismus modellhaft durchführen. Es wird beschrieben, welches Setting dieser Arbeit zugrunde liegt, welche Zugänge sich in der Beratungspraxis bewährt haben und wie die Unterstützung von Eltern mit rechtsaffinen oder neonazistischen Kindern und Jugendlichen praktisch funktioniert. Auch wenn in diesem Zwischenbericht Fragen offen bleiben, kann ein wesentlicher Eindruck von der Relevanz dieses Modellprojektes gewonnen werden. Die Erfahrungen der Beraterinnen und Berater sollen in den nächsten Monaten ausgewertet und bis zum Spätsommer 2010 in eine ausführliche Dokumentation überführt werden.

Bevor abschließend ein Fachgespräch zur Elternberatung im Spannungsfeld Rechtsextremismus dokumentiert wird, werden in dieser Zwischendokumentation die Möglichkeiten zur Übertragung des notwendigen Know-Hows zur Arbeit in diesem Bereich dargestellt.

Wir hoffen, mit dieser Zwischendokumentation einen sinnvollen Beitrag zum Erfahrungszuwachs in der Familienarbeit leisten zu können und wünschen den Leserinnen und Lesern eine anregende und spannende Lektüre.

Michael Nattke für das Kulturbüro Sachsen e.V.

LARS ROHWER

GRUSSWORT

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Gespenst Rechtsextremismus ist sehr umtriebig, rechtes Gedankengut weit verbreitet, und zwar nicht nur in sozial schwachen Familien, sondern bis in die oberste Gesellschaftsschicht hinein. Diese Erfahrung machen wir seit einigen Jahren auch in Sachsen und damit müssen wir uns im Interesse unseres Landes und der Entwicklung junger Menschen auseinandersetzen.

Dies zeigt den Bedarf auf, neben den konventionellen Maßnahmen und Programmen – wie beispielsweise der Aufklärungsarbeit für Schülerinnen und Schüler oder der Unterstützung für Aussteiger aus der rechten Szene – auch bei den Eltern anzusetzen. Eltern haben als Allererste das Vorrecht und die Pflicht, für ihre Kinder zu sorgen, sie zu erziehen und Gefahren für ihr Wohl und ihre Entwicklung abzuwenden. In zweiter Linie sind immer auch die staatlichen Institutionen sowie Initiativen, der Bildung und Erziehung als Partner und Unterstützer gefragt. Wenn es junge Menschen gibt, in deren ‚Lebenswelt‘ Einflüsse aus rechtsextremen Szenen eine Rolle spielen, muss sich die Kinder- und Jugendhilfe gemeinsam mit den Eltern und mit anderen Institutionen damit auseinandersetzen.

Dazu gehört auch, Mütter und Väter über rechte bzw. rechtsextreme Symbolik aufzuklären, sowie Eltern, deren Kinder sich zur rechten Szene bekennen, Orientierung und Beratung für verantwortliches Erziehungshandeln anzubieten.

Das Bundesmodellprojekt „Recall – mit Eltern gegen Rechts!“ setzt deshalb einen neuen und wichtigen Fokus. Sie haben sich auf den Weg gemacht, um ein Beratungsangebot für Eltern zu entwickeln, die in Sorge um die Entwicklung ihrer Kinder sind. Nun gibt es bereits vielfältige Beratungsmöglichkeiten, die der Information, Beratung und Begleitung von Eltern in Fragen von Partnerschaft, Familie, Erziehung und Gesundheit dienen. Es geht an dieser Stelle auch gar nicht um völlig neue Beratungsstellen, sondern um die Befähigung der bestehenden, Mütter und Väter gezielt zu unterstützen, die ihre Kinder vor Einflüssen aus rechtsextremen Szenen bewahren wollen.

Wie wichtig es ist, dass wir uns mit dieser demokratiefeindlichen Ideologie auseinandersetzen, haben für mich der bloße Aktionismus und die widersinnigen Argumentationen der NPD im Wahlkampf 2009 gezeigt. Ich denke da zum Beispiel an das Plakat „Höchststrafe für Kinderschänder“, dessen Botschaft darauf abzielt, unsere demokratische Grundordnung abzuschaffen. Die Gewaltenteilung wird geleugnet bzw. gefordert, die Politik über Recht und Unrecht entscheiden zu lassen, obwohl dies in unserem Rechtsstaat ganz klar die Aufgabe der Gerichte ist. Dass die NPD

bei der Landtagswahl in Sachsen im Ergebnis um fast 4 Prozentpunkte eingebrochen ist, zeigt für mich, dass die Bürgerinnen und Bürger dies zunehmend durchschauen. Dazu haben nicht nur die vielen Initiativen gegen Rechts und für Demokratie, Weltoffenheit und Toleranz beigetragen, die NPD hat sich im Plenum ein um das andere Mal um Kopf und Kragen geredet und ihre wahres Gesicht gezeigt.

Demokratie macht immer Arbeit. Ebenso wie eine gelingende Partnerschaft und eine funktionierende Familie ist sie nicht umsonst zu haben, sondern muss gelebt, gepflegt und aktiv vertreten werden. In dem Maße, wie wir uns mit rassistischen, antisemitischen und menschenverachtenden Einstellungen und Haltungen auseinandersetzen, entziehen wir Parteien wie der NPD den Boden, auf dem sie ihre Wählerinnen und Wähler finden. Auch deshalb ist der Ansatz des Projektes, Eltern in ihrem ganz in den Familienalltag eingebundenen Demokratiebildungsauftrag zu stärken, ein wichtiger Ansatzpunkt in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Im Blick ist die Stärkung von Müttern und Vätern in ihrer Klarheit, ihrem Mut und ihrer liebevollen elterlichen Verantwortung zur konsequenten Auseinandersetzung mit solchen Denk- und Verhaltensweisen.

Die Erfahrung in Sachsen zeigt, dass Rechtsextremismus nur gemeinsam bekämpft werden kann, angefangen bei bürgerschaftlichem Engagement, über Vereine, Projekte und Initiativen bis hin zur Politik. Die Fortführung des Programms Weltoffenes Sachsen und die Ernennung des Pirnaer Oberbürgermeisters Markus Ulbig, der sich in seinem Vorgängeramt stark und couragiert gegen Extremismus eingesetzt hat, zum neuen Staatsminister des Innern sehe ich als zwei wichtige politische Signale, die zeigen, dass wir in Sachsen auf einem guten Weg sind.

Der Rechtsextremismus ist eine verlogene Ideologie, die die Grundfesten unserer demokratischen Gesellschaft und unseres pluralistischen Systems bedroht. Lassen Sie uns gemeinsam weiter dafür arbeiten, das allzu umtriebige rechtsextremistische Gespenst aus den Gedanken, Ideen und auch den Ängsten der Menschen zu vertreiben. Machen wir weiter für ein weltoffenes, demokratisches und tolerantes Sachsen!

REINER BECKER

EIN NORMALES FAMILIENLEBEN

Interaktion und Kommunikation zwischen rechten Jugendlichen und ihren Eltern

In der öffentlichen Diskussion über rechtsextreme Einstellungen bei Jugendlichen sind die Schuldigen schnell ausgemacht: Sowohl Ursachen als auch Lösungskompetenzen werden häufig im Elternhaus gesucht. Tatsächlich liegen zahlreiche Forschungsbefunde dazu vor, welchen Beitrag die Familie in der politischen Sozialisation leistet – auch in der Herausbildung von „rechten“ Orientierungsmustern. Allerdings bestehen wenige Kenntnisse darüber, wie innerhalb der Familie mit einer bereits vorhandenen „rechten“ Orientierung eines Jugendlichen umgegangen wird.¹ Dem schließen sich die Fragen an, welche Rolle die Übereinstimmung in den politischen Einstellungen zwischen Eltern und Jugendlichen spielt, welche Konflikte zwischen Jugendlichen und Eltern auftreten und wie dabei elterliche Interventionsstrategien aussehen. Die Diskussion dieser Fragen ist dann eine Voraussetzung dafür, die Möglichkeiten und Grenzen von Familie als Ressource zur Reduktion von rechtsextremen Affinitäten bei Jugendlichen zu konturieren.

Die dem Beitrag zugrunde liegende gleichnamige Studie² knüpft an Untersuchungen verschiedener theoretischer Konzepte zum Sozialisationsort Familie und zu Rechts extremismus an. Anhand der anschließenden Analyse von qualitativen Interviews mit rechtsorientierten Jugendlichen und Eltern können verschiedene „typische“ Räume der familialen Interaktion und Kommunikation untersucht und miteinander verglichen werden. Der Studie liegen 16 qualitative leitfadengestützte und narrative Interviews zugrunde (davon zwei Eltern-Kind-Dyaden): Elf Jugendliche (im Alter von 14-26 Jahren; 9 m/2 w) und sechs Eltern (fünf Elterninterviews: ein Elternpaar, zwei Väter, zwei Mütter) konnten nach einer zum Teil aufwendigen Kontaktaufnahme für ein Gespräch gewonnen werden.

1. Sozialisationsort Familie

Familie als Sozialisationsort ist kein statisches, sondern ein dynamisches Gebilde, welches sich im Spannungsfeld zwischen traditionellen Anforderungen einerseits und den Folgen von Modernisierungs- und Individualisierungsprozessen andererseits bewegt. Sozialisation ist dabei ein zeitlicher Prozess mit je unterschiedlichen Aufgaben

1 Vgl. Hempel 2008, Lobermeier 2006, Peltz 2006.

2 Becker 2008.

in der Entwicklung der Persönlichkeit. Zentral ist hier die Vermittlung und Internalisierung von gesellschaftlichen Werten, Normen und Rollen mit dem Ziel der gesellschaftlichen Integration. Welche Bedeutung der Familie in der Herausbildung einer rechtsextremen Einstellung zukommt, wird von verschiedenen empirischen Studien unterschiedlich akzentuiert.

Einige Autoren/innen sehen den Beitrag der Familie vor allem in der direkten Transmission von autoritärem Denken und Fremdenfeindlichkeit und fokussieren auf Parallelen zwischen der politischen Orientierung von Eltern und ihren Kindern.³ Eine weitere Perspektive zur Erklärung bieten solche empirische Befunde an, die in der Bindungs- und Beziehungsqualität familiäre Einflüsse in der Entstehung von jugendlichem Rechtsextremismus verorten.⁴ Weitere Autoren/innen konzentrieren sich in ihrer Analyse auf die elterlichen Erziehungspraxen. So begünstigen schlechte Beziehungen und ein autoritärer Erziehungsstil Fremdenfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft.⁵ Elterliche Gewalterfahrungen in der Kindheit prägen die rechtsextreme Gesinnung von Jugendlichen.⁶ Die Zustimmung zu Rechtsextremismus nimmt dann zu, wenn von Ablehnung und Strafe durch die Eltern berichtet wird und gleichzeitig die emotionale Nähe abnimmt.⁷ Schließlich untersuchen weitere Studien ein Bündel von Familieneinflüssen wie sozio-emotionale Dispositionen, Familienstrukturen oder die Qualität der Eltern-Kind-Beziehungen, die gemeinsam die Herausbildung von Fremdenfeindlichkeit begünstigen.⁸

Die politische Sozialisation vollzieht sich nicht allein im Sozialisationsort Familie. Sie ist zwar eine zentrale Instanz der primären politischen Sozialisation, die Herausbildung einer politischen Einstellung vollzieht sich jedoch in einem „Dreieck von Familie, Schule und Peers“;⁹ ergänzt um den Einfluss der Massenmedien und der neuen Kommunikationstechnologien. Sie wird im weiteren Verlauf von nachgeordneten, sekundären Sozialisationsinstanzen mit geprägt und geformt. Auch Organisationen der rechtsextremen Szene können in dieser Lesart als nachgeordnete Instanz der politischen Sozialisation betrachtet werden.¹⁰ So unterschiedlich die Merkmale und Reichweiten der hier skizzierten primären Instanzen der politischen Sozialisation sind, so verfügen sie doch über einige gemeinsame Charakteristika: Die Instanzen der primären Sozialisation treten nicht in einer bestimmten zeitlichen Reihenfolge in

3 Fend 1991; Rippl 2004; Oepke 2005.

4 Hopf et al. 1995, 2000; Köttig 2004; Rommelspacher 2006.

5 Kracke/Noack/Hofer/Klein-Allermann 1993; Noack 2001.

6 Baier/Pfeiffer et al. 2009, 126.

7 Decker/Brähler 2006, 102.

8 Wahl/Tramnitz/Blumtritt 2001; Heffler/Boehnke/Butz 1999.

9 Möller 2000, 318.

10 Becker 2006.

Erscheinung, sondern parallel, neben- und miteinander und substituieren sich zum Teil phasenweise wechselseitig.¹¹

2. Rechtsextreme Jugendszene

Einfluss auf die je individuelle politische Sozialisation nehmen auch rechte Jugendcliquen als Bestandteil der rechtsextremen Jugendszene. Derzeit sind es die vielen abgrenzbaren Kleingruppen und auch äußerlich erkennbaren Skinheads, die neonazistischen Gruppen, Jungen Nationaldemokraten (JN) und vor allem auch unauffällige und kaum erkennbare Gesellungsformen, die in vielen Kommunen und Regionen, in Schulen, der kommunalen Öffentlichkeit sowie in Jugendeinrichtungen identifiziert werden.¹² Zahlreiche Jugendliche weisen eine Affinität zu einer rechtsextremen Ideologie auf, häufig ist es inzwischen normal, zumindest für eine gewisse biographische Phase, „rechts“ zu sein. Doch spielt bei diesen Jugendlichen die politische Einstellung zunächst nur eine untergeordnete Rolle. Wichtiger sind vielmehr die jugendkulturelle Dimension des Phänomens, wie die Clique und das Gruppenerlebnis, der Habitus (Kleidung, Symbole, Zahlencodes, Tattoos), die gemeinsamen Aktivitäten aber auch das Ausüben von Gewalt gegenüber den „Anderen“.¹³ Hinzu kommen die Bemühungen des organisierten Rechtsextremismus um das Rekrutierungspotential, welches diese Cliquen bieten. Ihre Kontakt- und Erlebnisangebote werden zunehmend niedrigschwelliger; Teile des organisierten rechtsextremen Spektrums offerieren nahezu eine „Erlebniswelt Rechtsextremismus“, in der Spaß und Event im Vordergrund stehen und die ideologische Schulung und politische Aktivitäten zunächst zweitrangig sind.¹⁴

3. Alltag in den Familien: Politische Einstellungen, Beziehung, Erziehung

Die Frage danach, wie Familie mit einer bereits vorhandenen rechtsextremen Einstellung umgeht, verweist zum Einen darauf, wie sich die politische Sozialisation in der Familie auf den Ebenen der Vermittlung von politischen Einstellungen, der Erziehungspraxen und der Qualität der Eltern-Kind-Beziehungen manifestiert und welche Dynamiken sich im Zusammenspiel so unterschiedlicher Sozialisationsinstanzen wie Elternhaus und Jugendclique zeigen. Für die weitere Analyse unserer Fragestellungen wurde im Rahmen der Studie zunächst untersucht, wie weit die rechtsextremen Einstellungsmuster bei den Jugendlichen bereits verfestigt und ausgeprägt waren. Hier-

11 Claußen 1996.

12 Hafenegger/Becker 2010.

13 Hafenegger/Becker 2007.

14 Glaser/Pfeiffer 2007.

zu wurden ihre Aussagen zu den erfragten Teildimensionen von Rechtsextremismus kumuliert und – orientiert an Heitmeyers Definition von Rechtsextremismus¹⁵ – zu dem jeweils mitgeteilten Gewaltverhalten in Beziehung gesetzt. Im Ergebnis konnten drei Gruppen unterschieden werden: Jugendliche mit diffuser rechter Einstellung und wenig ausgeprägtem Gewaltverhalten, Jugendliche mit ausgeprägter rechtsextremen Einstellung und hoher Gewalaffinität und in einem Fall geringe Gewalaffinität mit ausgeprägter rechtsextremer Einstellung. Um typische Unterschiede im familialen Umgang mit Rechtsextremismus herausarbeiten zu können, wurden in einem nächsten Schritt die Aussagen der Interviewpartner zu Fragen nach a) der politischen Sozialisation, zu b) Beziehungsqualitäten und c) zu Erziehungsstilen untersucht.

a) Politische Sozialisation

Die jeweils individuellen Bedingungen der politischen Sozialisation im Elternhaus wurden in den Interviews mit den Jugendlichen mit zwei Fragen erhoben: Wie wird in den Familien über politische Themen gesprochen und wie schätzen die Jugendliche die politische Einstellung ihrer Eltern ein? Jugendliche, die über eine ausgeprägte rechtsextreme Einstellung verfügen, berichten, dass zu Hause kaum oder gar nicht über politische Themen gesprochen werde. Gleichzeitig verorteten die Jugendlichen die politische Einstellung ihrer Eltern bzw. eines Elternteils als „links“. Eine zweite Gruppe Jugendlicher, die ebenfalls über diffuse rechte Einstellungen verfügt, berichtet, dass sie sich mit ihren Eltern auch über Politik unterhalte und dabei tendenzielle Übereinstimmungen mit deren politischen Einstellungen sehe. Schließlich kann eine dritte Gruppe identifiziert werden: Auch hier ist der Rechtsextremismus (noch) nicht sehr ausgeprägt, aber die Eltern werden als „links“ bezeichnet. Trotzdem werde mit ihnen über Politik gesprochen. In zwei Fällen verlaufen diese Gespräche aber sehr einseitig, denn die Jugendlichen versuchen, ihre Eltern zu missionieren und von den eigenen politischen Ansichten zu überzeugen.

Die interviewten Eltern verorteten sich auf einer fiktiven Rechts-Links-Skala in der Regel „Links“ von ihren Kindern. Allerdings sehen sie bei ihnen noch keine ausgeprägte rechtsextreme Einstellung vorliegen, stufen aber deren Habitus als „extrem“ ein. Im Gegensatz zu einigen der interviewten Jugendlichen, die angeben, nicht mit ihren Eltern über Politik zu sprechen, berichten Eltern von zahlreichen Gesprächen, die allerdings keinen reinen Informationscharakter haben sondern vielmehr den Ausgangspunkt für Streit und Konflikte darstellen. Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass Eltern meinen, die Einstellung ihrer Kinder zu beeinflussen – dieselben Kinder berichten, dass die politische Einstellung des besagten Elternteils keinen Einfluss auf sie ausübe.

15 Heitmeyer 1992.

b) Beziehungsqualitäten

Um den Aspekt der Beziehungsqualität operationalisieren zu können, wurden drei Fragen gestellt: zunächst danach, wie die Jugendlichen das Verhältnis zu ihren Eltern beschreiben würden, anschließend, inwieweit sich aus Sicht der Jugendlichen ihre Eltern genügend Zeit für sie genommen haben und schließlich, ob die Eltern bei Problemlagen als Ansprechpartner fungierten. Auch hier lassen sich in einem ersten Schritt drei Gruppen voneinander unterscheiden: In einer ersten Gruppe berichten einige Jugendliche von „guten, umfassenden Beziehung“. Im Rückblick haben ihre Eltern genügend Zeit mit ihnen verbracht und zum Teil fungieren die Eltern auch als Ansprechpartner. In dieser Gruppe finden sich ausschließlich Jugendliche mit einer gering ausgeprägten rechtsextremen Einstellung. In einer zweiten Gruppe geben die Jugendlichen an, gute Beziehungen zu ihren Eltern zu haben. Zugleich beklagen sie, dass die Eltern kaum Zeit für sie hätten und auch nicht bei Problemlagen ihre Ansprechpartner seien. Die dritte Gruppe Jugendlicher konstatiert, zumindest zu einem Elternteil eine schlechte Beziehung zu haben. Diese wirkt sich auf die Merkmale „gemeinsame Zeit“ und „Eltern als Ansprechpartner“ aus. Eine schlechte Beziehung geht damit einher, dass die Jugendlichen ihre Eltern bei Problemen nicht mehr aufsuchen und auch nicht das Gefühl haben, dass sich das entsprechende Elternteil Zeit genommen hätte.

Die Eltern-Kind-Beziehungen, die zum Interviewzeitpunkt in den Gesprächen erfragt wurden, werden von den meisten Eltern unter dem Eindruck der aktuellen Ereignisse um die rechts-extremistische Orientierung ihrer Kinder betrachtet und bewertet. Das Gefühl von Nähe oder Distanz in den politischen Einstellungen zeigt auch hier seine Wirkung: Die Beziehung erscheint umso belasteter, je größer die Kluft zwischen den Einstellungen ist. Insbesondere die Erörterung des Beziehungsaspekts nehmen einige Eltern zum Anlass, Gefühle der Schuld und des vermeintlichen Versagens zum Ausdruck zu bringen – weil der Eindruck besteht, nicht genügend Zeit mit dem Sohn bzw. der Tochter verbracht, zu wenig für die Entwicklung einer stabilen Persönlichkeit beigetragen oder in den alltäglichen Konflikten den Sohn bzw. die Tochter nur noch „rechts“ gesehen zu haben.

c) Erziehungspraxen

Jugendliche mit rechtsaffinen Einstellungen berichten von unterschiedlichen Erziehungspraxen ihrer Eltern, die als autoritativ, indifferent oder autoritär-kontrollierend differenziert werden können. Der Untersuchung des Aspekts der elterlichen Erziehung und Erziehungsstile ging die Frage nach den elterlichen Wertevorstellungen voraus. Die meisten Jugendlichen nannten dabei Werte, die einer bürgerlichen-materialistischen bzw. materiellen Wertevorstellung entsprechen. Nur zwei Jugendliche gaben postmaterielle Wertevorstellungen wie „Liebe“ und „Offenheit“ zu Protokoll. Die elterlichen Erziehungspraxen wurden zunächst unter der Frage untersucht, ob und wie die Eltern ihre Kinder loben und bei Fehlverhalten tadeln. Dabei führten alle

Jugendliche Beispiele des elterlichen Lobes an. Einige Aussagen legten dabei jedoch die Vermutung nahe, dass dieses stark leistungsorientiert ist. Weiterhin erschienen gewisse Formen des Lobes den Jugendlichen wenig glaubwürdig, da es keinerlei Konsequenzen für die Beziehung zu den Jugendlichen gehabt zu haben scheint. Die Frage, ob ihre Eltern sie bei einem Fehlverhalten auch bestrafen würden, offenbarte ein breites Sanktionsspektrum: Einige Eltern belassen es bei Ermahnungen, andere streichen das Taschengeld oder verhängen Hausarrest. Drei Jugendliche berichteten von Ohrfeigen. Die Frage nach familialen Konflikten um die „rechte“ Einstellung offenbarte eine Vielfalt der Konfliktfelder und der Interventionsformen. Vielen Eltern fiel erst mit der Veränderung des Outfits auf, dass ihr Kind eine Affinität zum Rechtsextremismus ausbildet. Die ersten Konflikte entbrannten dann in den eigenen vier Wänden, etwa im Streit darüber, ob das Zimmer der Jugendlichen mit Hakenkreuzfahnen geschmückt werden darf oder nicht. In den von den Jugendlichen geschilderten Interventionsbemühungen der Eltern zeigt es sich, dass nur in zwei Fällen Eltern sich bemüht haben, auf die Einstellung der Jugendlichen selbst einzuwirken. Alle anderen „begnügten“ sich damit zu verhindern, dass die Jugendlichen allzu exponiert ihre rechte Gesinnung zur Schau tragen.

Wie in den Interviews mit den Jugendlichen wurde auch in den Interviews mit Eltern die Dimension „Erziehung und Erziehungsstile“ zunächst unter dem Aspekt des elterlichen Lobes oder Tadels betrachtet; zunächst unabhängig von den gegenwärtigen Konflikten um die rechtsextremistische Einstellung der Kinder. Im elterlichen Lob reicht die Bandbreite von sehr leistungsbetonenden Belobigungen, mit zum Teil ausgeklügelten Belobigungssystemen bis hin zur allgemeinen Wertschätzung der Persönlichkeit des Kindes. Das Sanktionsrepertoire reicht auch hier, wie bereits von den Jugendlichen geschildert, von bloßen Ermahnungen bis hin zu Computer- oder Fernsehverboten. Diese Darstellungen von Sanktionen geschehen in einigen Elterngesprächen nicht frei von den aktuellen familialen Verhältnissen. Gerade die Frage nach Konflikten um die „rechte“ Gesinnung offenbaren, dass es für einige Eltern eine enorme Schwierigkeit ist, sich an Konflikte und folgende Interventionsbemühungen zu erinnern, die nicht im Zusammenhang mit der aktuellen Situation stehen. Je nach Betroffenheitsgrad berichten die Eltern sehr detailliert anhand zahlreicher Episoden von den alltäglichen familialen Konflikten und den daraus resultierenden persönlichen Belastungen. Interventionen und Sanktionen gegenüber den Verhaltensweisen, die mit der rechtsextremistischen Orientierung einhergehen, geschehen, wenn überhaupt, oftmals unter einer großen Handlungsunsicherheit und beziehen sich zumeist auf aktuelle und akute Situationen. Denn dies kennzeichnet die alltägliche Anspannung in den Familien und die zum Teil geschilderten Belastungserfahrungen der Eltern: Konflikte werden nur für den Moment gelöst und treten bei der nächsten Gelegenheit wieder auf. Die Eltern-Kind-Konflikte unterliegen demnach einer spezifischen Dynamik, denn die Jugendlichen entwickeln neue Strategien, einer weiteren Auseinandersetzung aus dem Weg zu gehen. Das legt jedenfalls die Perspektive der Eltern auf den familialen Interaktions- und Kommunikationsraum nahe.

Werden dennoch beispielsweise wieder rechtsextreme Musik-CDs gefunden, ist der nächste Konflikt vorprogrammiert.

4. Typische Räume familialer Interaktion und Kommunikation

In einem letzten Schritt können nun die gewonnenen Erkenntnisse zu den Dimensionen „Politische Sozialisation“, „Beziehung“ und „Erziehung und Erziehungsstile“ mit den jeweiligen Kombinationen ihrer Merkmalsausprägungen zueinander in Beziehung gestellt werden. Hieraus lassen sich vier Typen der familialen Interaktion und Kommunikation ableiten.

Typ I: Der „geschützte“ Interaktions- und Kommunikationsraum.

Den Jugendlichen des Typus I ist gemein, dass sie gute Beziehungen zu ihren Eltern konstatieren, in ihnen aber keine Ansprechpartner sehen. Jedoch muss dieser Aspekt nicht verwundern, denn die Jugendlichen sind zum Interviewzeitpunkt 18 Jahre alt, ein Alter, für welches es nicht ungewöhnlich sein dürfte, bei persönlichen Problemlagen nicht zuerst die Eltern zu konsultieren. Die Jugendlichen haben – oft konfliktreich – über ihre politische Einstellung mit den Eltern gesprochen, deren Einstellung sie beide in der „politischen Mitte“ verorten. Beide Jugendliche weisen eine mehr oder weniger stark ausgeprägte rechtsextremistische Orientierung auf. Jedoch haben die Eltern versucht, nicht nur äußerlich auf ihre Einstellung einzuwirken. Sie haben sich sowohl inhaltlich mit ihr auseinandergesetzt als auch externe Hilfsangebote gesucht. Der Erfolg ist jedoch zweischneidig: Während ein Jugendlicher den Ausstieg aus der rechtsextremen Szene vollziehen konnte, waren die Bemühungen von der Mutter des anderen Jugendlichen nicht erfolgreich – eine Belastungsprobe für die Eltern-Kind-Beziehungen. Doch trotz der unterschiedlichen Verläufe in den Biographien zeugen die Interviews davon, dass ihre Eltern ihnen unterstützend zur Seite standen und den Konflikt nicht gescheut haben, mit dem Interesse, ihre Söhne aus der rechtsextremen Szene zu holen. Der Interaktions- und Kommunikationsraum dieses Typus wird fundamental von der Eltern-Kind-Beziehung getragen. Unter Berücksichtigung aller schwerwiegenden Konflikte und Sorgen *schützt* dieser Raum, der grundlegend von der guten Beziehung zwischen Eltern und Kind getragen wird, davor, dass die familiäre Interaktion und Kommunikation sich gänzlich den Auseinandersetzungen um die rechtsextremistischen Orientierung unterordnet und dabei die Beziehung zwischen Eltern und Jugendliche vollständig auseinanderdriftet.

Auf die Herausbildung der politischen Orientierung der interviewten Jugendlichen scheinen die Eltern keinen direkten Einfluss genommen zu haben. Hier gilt es, den sozialökologischen Raum zu berücksichtigen: Großeltern, Freunde/innen (beide Jugendliche verfügen über vielfältige Beziehungen in die regionale rechtsextreme Szene) und Medien scheinen von einer größeren Bedeutung gewesen zu sein. Die formalen und informellen sowie die eher beiläufigen Lernarrangements der latenten politischen Sozialisation sind dabei besonders zu berücksichtigen.

Typ II: Der eingerichtete Interaktions- und Kommunikationsraum.

Der Interaktions- und Kommunikationsraum der Jugendlichen des Typus II ist ebenfalls durch gute Eltern-Kind-Beziehungen charakterisiert. Mit einer Ausnahme geben diese Jugendlichen an, mit ihren Eltern hin und wieder über politische Themen zu sprechen. Die Jugendlichen weisen eine niedrige bis mittlere rechtsextremistische Orientierung auf und sehen sich zum Teil in Übereinstimmung mit den politischen Einstellungen ihrer Eltern. Deren Erziehungsverhalten bewegt sich zwischen einem allgemeinen bis hin zu einem leistungsabhängigen Lob und einem Sanktionsverhalten zwischen Moralpredigt und Hausarrest. Hinsichtlich der politischen Einstellung ihrer Kinder legen die Eltern großen Wert darauf, dass diese ihre rechte Gesinnung nicht all zu exponiert zur Schau stellen. Bezüglich der Dimension der rechtsextremistischen Einstellung weist dieser Typus das Charakteristikum auf, dass sich die Eltern nicht wirklich an der Orientierung ihrer Kinder stören, solange diese keine Probleme erzeugt. Und umgekehrt: Diese Jugendlichen berichten von Beispielen ihrer „Verhaltensklugheit“, indem sie gelernt haben, in bestimmten Situationen keinen Anlass für Konflikte, in der Schule oder auch zu Hause, zu geben. Bei allen individuellen Besonderheiten bewegen sich sowohl die Eltern als auch die Jugendlichen sicher in diesem typischen Raum der Interaktion und Kommunikation. Dieser ist für die Beteiligten überschaubar und mit einem recht klaren Handlungsrepertoire eingerichtet. Die Jugendlichen wissen um die an sie gestellten Erwartungen. Sie bemühen sich, zum Teil recht geschickt, unnötigen Konfrontationen mit den Eltern oder auch Lehrer/innen aus dem Weg zu gehen.

Typ III: Der verlassene Interaktions- und Kommunikationsraum.

Die Jugendlichen des Typus III gaben an, dass sie mindestens zu einem Elternteil eine schlechte Beziehung haben. Weder haben sie das Gefühl, dass sich ihre Eltern oder ein Elternteil genügend Zeit für sie genommen hätten, noch sehen sie in ihnen einen Ansprechpartner. Politische Themen waren und sind kein Gegenstand des Gesprächs. Diese Jugendlichen weisen eine sehr hohe Ausprägung in ihrer rechtsextremistischen Orientierung auf. Das von den Interviewpartner/innen geschilderte Erziehungsverhalten ist indifferent: Zwar wissen alle Jugendlichen davon zu berichten, von ihren Eltern gelobt worden zu sein. Das Spektrum elterlicher Reaktionen auf vermeintliches Fehlverhalten reicht jedoch von keinen Reaktionen über Hausarrest bis hin zu Ohrfeigen. Bezüglich der rechtsextremistischen Orientierung zeigen elterliche Interventionsbemühungen keine Erfolge, zumal sie meist einer gewissen Halbherzigkeit unterliegen: Entweder wird der Sohn mit seiner Verantwortung förmlich allein gelassen, auf das Einhalten von Verboten wird nicht geachtet oder es bleibt bei Appellen, die nicht ankommen. Es lässt sich mit der Perspektive auf die Auseinandersetzung um die rechtsextremistische Orientierung resümieren, dass sowohl die Eltern als auch die Kinder, das heißt alle Akteure der Familie, den familialen Interaktions- und Kommunikationsraum verlassen haben.

Typ IV: Der gefährdete Interaktions- und Kommunikationsraum.

Die Jugendlichen des Typus IV geben an, zu einem Elternteil schlechte Beziehungen zu haben. Das jeweils andere fungiert dagegen als Ansprechpartner/in, hat sich genügend Zeit für die Kinder genommen und unterliegt in der Folge einer hohen Idealisierung. Die Jugendlichen unterhalten sich mit diesem Elternteil dann auch über Politik und versuchen dabei zum Teil, das jeweilige Gegenüber von der eigenen Einstellung zu überzeugen. Die Eltern, zu denen eine gute Beziehung besteht, versuchen, auf das mit der rechtsextremistischen Orientierung einhergehende Verhalten einzuwirken. Jedoch fokussieren diese Interventionen darauf zu verhindern, dass die falschen Freund/innen oder die falsche Kleidung in der Öffentlichkeit, bei den Nachbar/innen oder in der Schule Aufsehen erregen und hieraus negative Konsequenzen entstehen. Davon, dass sich die Eltern mit der Einstellung ihrer Kinder auseinandersetzen, berichten diese Jugendlichen dagegen nicht. Berücksichtigt man die Bemerkungen einer Mutter über die Konflikte mit ihrem Sohn, so zeigen sich enorme Belastungsmomente, die jedoch nur von einem Elternteil getragen werden. Die „Stabilität“ dieses familialen Interaktions- und Kommunikationsraums unterliegt also einer besonderen *Gefährdung*. Alle Erwartungen und Bedürfnisse, die im Kontext dieser Studie benannt wurden, richten die Jugendlichen dichotom nur an einen, den „geschätzten“ Elternteil. Grenzerfahrungen und Gefühle von Überforderung markieren daher die Brüchigkeit dieses Raums.

4.1 Typen des familialen Interaktions- und Kommunikationsraums – Kommentar der Eltern

Die vorgenommene Typologie basiert aus methodischen Gründen auf der Auswertung der Interviews mit den Jugendlichen. Wie lassen sich die Ergebnisse aus den Interviews mit den Eltern dem zuordnen?

Mit einer Ausnahme finden sich bei den Eltern starke Anzeichen einer persönlichen Belastung infolge der alltäglichen Konflikte um die rechtsextremistische Einstellung und den daraus resultierenden Handlungen. Gespräche über Politik bergen immer den Zündstoff des Konflikts, was zeigt, wie sehr sich diese Eltern fern von der Einstellung ihrer Kinder wähnen. Über die Eltern-Kind-Beziehung zu sprechen, führt oftmals dazu, dass Eltern hierin den Grund für das eigene Versagen suchen; insbesondere die Frage nach der gemeinsam verbrachten Zeit, löst derartige Schuldgefühle aus. Unterschiede zeigen sich bei den Erziehungsstilen und in den Interventionsbemühungen: Hier reicht das vorgefundene Spektrum von Untätigkeit, da keine Notwendigkeit zur Intervention gesehen wird, über indifferentes Verhalten, über ein den Alltagsereignissen hinterher rennendes Verhalten bis hin zu Strategien, die ebenso sanktionieren wie auch versuchen, die Beziehung zum eigenen Kind nicht völlig dem Diktat seiner rechtsextremistischen Orientierung auszuliefern. Die Wahrnehmung eines solchen familialen Raums scheint bei den Eltern viel stärker von den alltäglichen bis grundsätzlichen Konflikten geprägt zu sein, als bei den meisten Jugendlichen. Sicherlich kann keiner der interviewten Eltern dem „verlassenen Interakti-

ons- und Kommunikationsraum“ zugeordnet werden, denn trotz aller Unterschiede berichten alle von Interventionsbemühungen gegenüber den „rechten Auswüchsen“ bei ihren Kindern.

An dieser Stelle soll auf eine Mutter und ein Ehepaar verwiesen werden, die sich sehr intensiv mit der Einstellung ihrer Kinder auseinandergesetzt haben. Sie scheinen, nachdem zahlreiche Konflikte mit ihren Kindern ausgetragen werden mussten, einen Schritt weiter. Sie allein können keine Sorge (mehr) dafür tragen, dass ihr Kind Abstand zur rechten Szene und zur rechten Gesinnung findet und suchen externe Hilfsangebote. Diese Eltern bemühen sich, ihren Kindern – mehr oder weniger erfolgreich – eine Brücke dafür zu bauen, selbst den Absprung zu finden. Zentrales Handlungsmotiv ist dabei die Angst, ihre Kinder zu verlieren. Solcherlei Angst führt einerseits zu manch inkonsequentem Verhalten. Andererseits reduziert es zunehmend das Zusammenspiel zwischen Eltern und Kind auf die Suche nach einer Balance zwischen Nähe und Distanz. Es ist das fundamentale Beziehungsinteresse der Eltern, das dazu führt, die Begrenztheit des eigenen Handlungsrepertoires wahrzunehmen und gleichzeitig externe Hilfe zu suchen mit der Perspektive, den Bestand des „schützenden Interaktions- und Kommunikationsraums“ nicht zu gefährden.

Fragile elterliche Ressourcen – ein eher skeptischer Ausblick

Der Begriff vom „normalen Familienleben“ im Kontext der rechtsextremistischen Orientierung eines Jugendlichen ist ein relativer: „Normalität“ ist für die einen Familien gegeben und für die anderen ein Wunschbild, die in der Aussage einer Mutter gipfelt, sich in ihrem Haus wieder wohlfühlen zu dürfen. Unter besonderer Beachtung der erkenntnisleitenden Fragen dieser Studie ließen sich *erstens* unterschiedliche Formen des Umgangs der Familien mit einer bereits vorhandenen „rechten“ Orientierung bei einem Sohn bzw. Tochter feststellen. *Zweitens* wurde deutlich, dass der Dissens oder die Übereinstimmung zwischen Eltern und Jugendlichen in ihren politischen Einstellungen ein wichtiger Faktor dafür ist, ob und wie Eltern gegenüber ihren Kindern intervenieren. Es konnten *drittens* zahlreiche Konflikthanlässe zwischen Jugendlichen und ihren Eltern aufgezeigt und unterschiedliche Formen der Konfliktbewältigung mit den damit einhergehenden elterlichen Interventionsstrategien dargestellt werden. Die Diskussion dieser Aspekte ist *viertens* eine wichtige Voraussetzung für die Beantwortung der Frage, welchen Einfluss Eltern auf ihre „rechten“ Kinder in einer Phase der Ablösung und Übergänge ausüben können (und wollen) und wie groß dieser im Vergleich zu anderen Sozialisationsagenten ist, zum Beispiel durch die „rechte“ Clique oder andere Akteure der rechtsextremen Szene. Bezüglich dieser vier Aspekte kann folgendes Resümee gezogen werden:

1. Die zunächst allgemeine Frage, wie Familien mit einer bereits vorhanden „rechten“ bzw. rechtsextremistischen Orientierung umgehen, findet in der Betrachtung der vier Typen eine je unterschiedliche Antwort. Es scheint, dass der Umgang leichter fällt und ein Gefühl von Normalität dann gegeben ist, wenn eine relative Überein-

stimmung in den politischen Überzeugungen der Eltern und der Jugendlichen besteht und mit einem eher autoritären Erziehungsverhalten der Eltern Wert darauf gelegt wird, dass die rechte Gesinnung der Kinder nicht allzu „anstößig“ – zum Beispiel für Lehrer/innen oder für Nachbar/innen – daher kommt. Diese Eltern legen ihren Kindern damit eine Verhaltensklugheit nahe. Ein solch *engerichteter* familialer Raum der Interaktion und Kommunikation vermittelt Jugendlichen als auch Eltern eine gewisse Handlungssicherheit. Problematischer wird der Umgang, wenn Eltern selbst keine rechte oder gar rechtsextremistische Orientierung aufweisen und versuchen, gegen die „rechte“ Gesinnung ihres Kindes zu intervenieren. Eine größere Erschwernis und Belastung kann eintreten, wenn Eltern getrennt voneinander leben und sich die Interaktion und Kommunikation nur zwischen einem Elternteil und dem betroffenen Jugendlichen abspielt. Ein solcher Raum des alltäglichen Umgangs ist *gefährdet*, denn die gegenseitigen Erwartungen zwischen dem Jugendlichen und dem einen, geschätzten Elternteil sind hoch. Der Umgang mit der „rechten“ Orientierung eines Jugendlichen hängt vor allem davon ab, von welcher Qualität der Bindungsort Familie ist. Wenn zu dem anderen Elternteil eine schlechte Beziehung besteht, droht der alltägliche Konflikt die Beteiligten immer wieder an ihre Grenzen zu führen. Dies hat dann oftmals ein indifferentes Erziehungsverhalten zur Folge: Interventionsbemühungen und gesetzte Grenzen werden nicht durchgehalten. Solcherlei Unsicherheit und Uneindeutigkeit oder gar das Schweigen über die „rechte“ Gesinnung des Jugendlichen bei gleichzeitiger Radikalisierung seiner politischen Orientierung können dazu führen, dass die beteiligten Akteure den familialen Interaktions- und Kommunikationsraum – zumindest auf diese Auseinandersetzung bezogen – *verlassen*. Im Unterschied zu dem eingerichteten oder gefährdeten Interaktions- und Kommunikationsraum ist der *geschützte* familiale Raum von Konflikten und Interventionsbemühungen geprägt, die sich nicht ausschließlich auf das äußere Erscheinungsbild der Jugendlichen und ein allzu exponiertes Verhalten reduzieren. Vielmehr bemühen sich die Eltern im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Inhalte der rechtsextremistischen Positionen ihrer Kinder kritisch zu hinterfragen. Das Verhalten dieser Eltern birgt größere Risiken, da hier die persönlichen Belastungsmomente deutlich höher sind. Sie scheuen nicht den Konflikt, der über das äußere Erscheinungsbild der Jugendlichen hinausgeht, vollziehen dabei aber eine Gratwanderung: Einerseits wollen sie ihren Kindern Grenzen setzen und ihnen zeigen, wie sehr ihnen deren Einstellung missfällt. Andererseits möchten sie den Jugendlichen bei den unterschiedlichen Konflikten und Problemen, welche mit ihrer rechtsextremistischen Orientierung einhergehen, unterstützend zur Seite zu stehen.

2. Eine durch die interviewten Jugendlichen wahrgenommene Übereinstimmung oder ein Dissens mit der politischen Einstellung der Eltern spielt im familialen Umgang mit der „rechten“ Orientierung eine wichtige Rolle. Dieser Aspekt verweist auf

den Bildungsort Familie. Die Wahrnehmung von Nähe oder Distanz in der politischen Einstellung hat auch Auswirkungen darauf, ob und wie Eltern mit ihren Kindern über politische Themen sprechen: Hier reicht das Spektrum von Versuchen der elterlichen Einflussnahme, das persönliche „rechte“ Weltbild dem eigenen Kind nahe zu bringen, über die familiäre „Sprachlosigkeit“ zu politischen Themen, bis hin zu Gesprächen, die das Potential des eskalierenden Konflikts in sich bergen, da die Positionen der Eltern bzw. der Kinder miteinander „unvereinbar“ erscheinen.

Die Analysen der Interviews haben gezeigt, dass sich der Begriff von „Familie“ nicht in der Betrachtung des elterlichen Einflusses allein erschöpfen muss. Auch die Erzählungen der Großeltern oder die Einflussnahme durch Geschwister und andere nahe Verwandte können ihre Wirkung in der Herausbildung oder gar Verfestigung einer rechtsextremistischen Orientierung haben, ohne dass aus Sicht der Jugendlichen die Eltern Einfluss auf ihre politische Einstellung ausüben.

3. Konflikte um die rechtsextremistische Orientierung eines Jugendlichen treten nahezu in jeder der hier untersuchten Familien auf. Ihre „Qualität“ ist abhängig von der Problemsicht und den Erziehungspraxen der Eltern einerseits und von der Ausprägung einer rechtsextremistischen Einstellung und dem damit einhergehenden Verhalten der Jugendlichen andererseits. Die vielen Beispiele, die von den interviewten Eltern angeführt wurden, illustrieren ein nahezu grenzenloses Eskalationspotential der Konflikte um die „rechte“ Gesinnung. So eskalieren viele familiäre Konflikte dann, wenn rechtsextremistisch motivierte Handlungen auch Probleme, Konflikte und Sanktionen *außerhalb* der Familie nach sich ziehen, zum Beispiel Konflikte in der Schule, die Elterngespräche zur Folge haben; Konflikte am Ausbildungsplatz oder gar Konflikte mit Polizei und Justiz. Das Eskalationsmoment besteht darin, dass Eltern vielleicht zum ersten Mal ernsthaft realisieren, welche Entwicklung das eigene Kind genommen hat und dabei die Illusion zerbricht, sein Verhalten unter Kontrolle zu haben. Das stille „Agreement“ des eingerichteten familialen Interaktions- und Kommunikationsraums droht durch solcherlei Interventionen von außen aufgekündigt zu werden. Damit können auch die Konflikte in der Familie eine Veränderung erfahren. Die Angst vor öffentlichem Aufsehen beruht auch auf der Befürchtung, dass nicht nur die Jugendlichen, sondern auch die Eltern durch ihr Umfeld abgelehnt und stigmatisiert werden. Gespeist wird eine solche Stigmatisierung durch die auf dem Alltagswissen beruhende Überzeugung, dass die Ursachen für jugendlichen Rechtsextremismus allein im Elternhaus zu suchen seien.

4. Welche Ressource haben Eltern für die Verminderung rechtsextremistischer Einstellungen oder gar für den Ausstieg aus der rechtsextremen Szene? Allen hier vorgestellten Ensembles der familialen Interaktion und Kommunikation ist gemein, dass sich die Jugendlichen in einem Alter befinden, in dem sich die verschiedenen Stadien der Ablösung und Übergänge vom Elternhaus vollziehen.¹⁶ Der Einfluss und die

16 Vgl. Hurrelmann 2004.

Autorität der Eltern verlieren ihre Selbstverständlichkeit und lassen sich nur in oftmals konfliktreicher Transformation der Eltern-Kind-Beziehung auf einer anderen Ebene wiederherstellen: Eltern müssen lernen, dass ihre Kinder keine Kinder mehr sind, sondern zunehmend eigenverantwortliche und selbständige junge Erwachsene. Elterliche Interventionen, gleich aus welchem Grund, fallen fortan schwerer, da sie ihr scheinbar natürliches Mandat, ihren Kindern gegenüber weisungsbefugt zu sein, verlieren. In diese Lebensphase fallen nun die konfligierenden „Ereignisse“ um die rechtsextremistische Einstellung des Kindes. Für Eltern und für Kinder ist der Umgang mit der rechtsextremistischen Orientierung am einfachsten, wenn grundlegend Übereinstimmung in den politischen Überzeugungen besteht, die Eltern also auch rechtsorientierte Einstellungen aufweisen. Allerdings erübrigt sich hier die Frage, welchen Beitrag solche Eltern zur Reduzierung einer „rechten“ Einstellung leisten können. Bis zu einem gewissen Alter der Jugendlichen wirken diese Eltern autoritär einer zu exponierten Zuschaustellung der rechten Einstellung ihrer Kinder entgegen. Besteht also bei den Eltern das Interesse, dass der Jugendliche „keinen Ärger mehr macht“ und nicht auffällig wird, dann können selbst rechtsorientierte Eltern eine Ressource für solcherlei Interventionen darstellen, ohne dass notwendigerweise die Einstellung des Kindes selbst thematisiert werden muss. Es bleibt jedoch im höchsten Maß fraglich, welchen Nutzen Interventionsbemühungen von Eltern haben, die sich lediglich in einer solchen mehr oder weniger taktischen Verhaltenskontrolle erschöpfen.

Wenn neben Handlungen mit einem rechtsextremistischen Hintergrund auch die *Einstellungen* der Jugendlichen in Frage gestellt und verändert werden sollen, dann können Eltern einen Beitrag leisten, wenn trotz aller Konflikte um die „rechte Gesinnung“ erstens gute Eltern-Kind-Beziehungen bewahrt werden können und zweitens sich Eltern auch mit den Positionen und Inhalten der Einstellung ihres Kindes auseinandersetzen. Beispiele hierfür finden sich in dem geschützten Interaktions- und Kommunikationsraum wieder. Es scheint, dass das größte „Kapital“ der Eltern in der Bewältigung von jugendlichem Rechtsextremismus ihr Beziehungsinteresse ist. Bei allen drohenden alltäglichen Konflikten zwischen rechten Jugendlichen und Eltern, welche dieser Gesinnung fern stehen, bei aller damit einhergehenden Fragilität der gegenwärtigen Eltern-Kind-Beziehungen, beinhaltet die Familie immer das Potential eines grundlegenden Interesses ihrer Mitglieder an einem Fortbestand ihrer persönlichen Beziehungen. Aus der Perspektive von Jugendlichen ist eine gute Eltern-Kind-Beziehung elementar für ihre Evaluation des Erziehungsortes und des Bildungsortes Familie, hier in seiner Bedeutung für die politische Sozialisation. Ein solch „familiales Beziehungskapital“ kann also eine Ressource für die Reduzierung rechtsextremistischer Einstellungen sein und dabei helfen, Wege aus der rechtsextremen Szene zu finden. Doch besteht hier keine Erfolgsgarantie und das Engagement der Familie ist dabei nur von unterstützendem Charakter – über eine alleinige Lösungskompetenz verfügt sie nicht.

Literatur

Baier, Dirk/Pfeiffer, Christian/Simonson, Julia/Rabold, Susann: Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt. Erster Forschungsbericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KFN. KFN Forschungsbericht Nr. 107. Hannover 2009.

Becker, Reiner: Der „Feinschliff“. Persönliche Beziehungsnetzwerke und ihre Bedeutung in der Verfestigung rechtsextremistischer Orientierungen. In: Neue Praxis. Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik. 36. Jahrgang, 2006, H. 3, S. 285-307.

Becker, Reiner: Ein normales Familienleben. Interaktion und Kommunikation zwischen „rechten“ Jugendlichen und ihren Eltern. Schwalbach/Ts. 2008.

Claußen, Bernhard/Geißler, Rainer (Hrsg.): Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch. Opladen 1996.

Decker, Oliver/Brähler, Elmar: Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin 2006.

Fend, Helmut: Identitätsentwicklung in der Adoleszenz. Lebensentwürfe, Selbstfindung und Weltaneignung in beruflichen, familiären und politisch-weltanschaulichen Bereichen. Entwicklungspsychologie der Adoleszenz in der Moderne, Bd. II. Bern 1991.

Glaser, Stefan/Pfeiffer, Thomas (Hrsg.): Erlebnisswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Schwalbach/Ts. 2007.

Hafenegger, Benno/Becker, Reiner: Rechte Jugendcliquen. Zwischen Unauffälligkeit und Provokation. Schwalbach/Ts. 2007.

Hafenegger, Benno/Becker, Reiner: Jugendliche, rechtsextreme Kultur und politischer Extremismus. In: Andresen, Sabine/Brumlik, Micha/Koch, Claus (Hrsg.): Das ElternBuch. Wie unsere Kinder sicher und geborgen aufwachsen. Weinheim 2010, im Erscheinen.

Hefler, Gerd/Boehnke, Klaus/Butz, Petra: Zur Bedeutung der Familie für die Genese von Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen. Eine Längsschnittanalyse. In: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, Jg. 19, 1999, H.1, S. 72-87.

Heitmeyer, Wilhelm: Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Eine Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher. Weinheim, München 1992.

Hempel, Claudia: Wenn Kinder rechtsextrem werden. Mütter erzählen. Springe 2008.

- Hopf, Christel/Rieker, Peter/Sanden-Marcus, Martina/Schmidt, Christiane: Familie und Rechtsextremismus. Familiäre Sozialisation und rechtsextreme Orientierungen. Weinheim, München 1995.
- Hopf, Christel: Familie und Autoritarismus – zur politischen Bedeutung sozialer Erfahrungen in der Familie. In: Rippl, Susanne/Seipel, Christian/Kindervater, Angela (Hrsg.): Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung. Opladen 2000, S. 33-52.
- Hurrelmann, Klaus: Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung. 7. vollständig überarbeitete Auflage. Weinheim, München 2004.
- Köttig, Michaela: Lebensgeschichten rechtsextrem orientierter Mädchen und junger Frauen. Biographische Verläufe im Kontext der Familien- und Gruppendynamik. Gießen 2004.
- Kracke, Bärbel/Noack, Peter/Hofer, Manfred/Klein-Allermann, Elke: Die rechte Gesinnung: Familiäre Bedingungen autoritärer Orientierungen ost- und westdeutscher Jugendlicher. In: Zeitschrift für Pädagogik, 39. Jg. 1993 H. 6, S. 971-989.
- Lobermeier, Olaf: Rechtsextremismus und Sozialisation – eine empirische Studie zur Beziehungsqualität zwischen Eltern/Angehörigen und ihren rechtsorientierten Kindern. Braunschweig 2006.
- Möller, Kurt: Rechte Kids. Eine Langzeitstudie über Auf- und Abbau rechtsextremistischer Orientierungen bei 13-15jährigen. Weinheim, München 2000.
- Noack, Peter: Fremdenfeindliche Einstellungen vor dem Hintergrund familialer und schulischer Sozialisation. In: Zeitschrift für politische Psychologie, 9. Jg. 2001 H. 2 u. 3, S. 67-80.
- Oepke, Maren: Rechtsextremismus unter ost- und westdeutschen Jugendlichen. Einflüsse von gesellschaftlichem Wandel, Familie, Freunde und Schule. Opladen 2005.
- Peltz, Cornelius: Handlungsfähig bleiben - handlungsfähig werden. Rechtliche Grundlagen und Handlungsempfehlungen für Eltern rechtsextremer Jugendlicher, Braunschweig 2006.
- Rippl, Susanne: Eltern-Kind-Transmission. Einflussfaktoren zur Erklärung von Fremdenfeindlichkeit im Vergleich. In: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 24. Jg. 2004 H. 1, S. 17-32.
- Rommelspacher, Birgit: „Der Hass hat uns geeint“. Junge Rechtsextreme und ihr Ausstieg aus der Szene. Frankfurt/ M., New York 2006.
- Wahl, Klaus/Tramnitz, Christiane/Blumtritt, Jörg: Fremdenfeindlichkeit. Auf den Spuren extremer Emotionen. Opladen 2001.

DIE FAMILIENPOLITISCHEN GRUNDSÄTZE DER NPD

Charakteristika

Das Titelblatt des NPD-„Aktionsprogramms für ein besseres Deutschland“¹ schmückt ein blondes Mädchen mit Zopf auf einer Blumenwiese, das entzückt in die Ferne schaut. Diese für die NPD typische Verwendung von Kindern – vorrangig blondbezoften Mädchen – symbolisiert die Hoffnung auf Veränderung und eine zukünftig bessere Lebenssituation. Der jungen Generation wird dabei der Dreischritt „Vaterland – Muttersprache – Kinderglück“ in den Blick gelegt. Diese Begrifflichkeiten sind nicht zufällig gewählt, sondern nach Ansicht der NPD zwangswise aufeinander bezogen, da sie Grundbegriffe des von ihr vertretenen völkischen Nationalismus sind. So heißt es dann an erster Stelle im Parteiprogramm unter der Überschrift „Grundlage des Staates ist das Volk“: „Völker unterscheiden sich durch Sprache, Herkunft, geschichtliche Erfahrung, Religion, Wertvorstellungen und ihr Bewusstsein. (...) Die Erhaltung unseres Volkes und der Schutz für alle seine Teile sind die höchsten Ziele deutscher Politik.“ Dieser Grundsatzserklärung folgt direkt der Abschnitt „Grundlage unseres Volkes ist die deutsche Familie“. Familienpolitik ist somit immer Bevölkerungspolitik im völkischen Sinne. Die Förderung der ‚deutschen‘ Ideal-Familie ist gleichbedeutend mit der Ausgrenzung oder Beschränkung anderer Lebensmodelle, die vermeintlich entweder egoistisch – weil nicht für die Volksgemeinschaft – oder nicht traditions- bzw. kulturgebunden wie bspw. Migrant/innen sind.

Familiengründung als Teil einer völkischen Überlebensstrategie

In der Sachsenstimme², der NPD-Zeitung für den sächsischen Landtagswahlkampf 2009, nimmt die NPD kein Blatt vor den Mund. Ausgehend von der Prognose eines enormen Bevölkerungsrückgangs – in Sachsen umfasse er seit der Wende bis 2020 ein Drittel der Bevölkerung – wird die Familiengründung als Teil einer völkischen Überlebensstrategie verstanden. Diese Kampfrhetorik setzt sich aus dem apokalyptischen Szenario gesellschaftlicher Entwicklung – im Aktionsprogramm heißt es dazu auch: „Die Ursachen dieser sozialen Krise sind die Zerstörung der Familie und die Auflösung der Völker, also aller gewachsenen Gemeinschaften.“ – und der Beschwörung eines idealisierten Familienbildes zusammen. So heißt es in der Sachsenstimme

1 www.npd-sachsen.de/multimedia/file/pdf/aktionsprogramm.pdf.

2 www.npd-sachsen.de/pdf/sachsenstimme-ltw-2009.pdf.

zur derzeitigen Situation: „Die Politik läßt die Familien nur allzuoft im Stich: Hohe Steuerbelastungen, Zwang zur beruflichen Mobilität, soziale Benachteiligung vor allem von alleinerziehenden Müttern schaffen ein familienfeindliches Klima.“ Die Motivation, Veränderungen herbeizuführen, resultiert aus der Hoffnung, „mit unseren Kindern und ihren Kindeskindern werden wir unsterblich.“ Im Gesamtzusammenhang der Wahlkampfpropaganda ist offensichtlich, welche Gemeinschaft sich hinter dem ‚wir‘ verbirgt: die deutsche Volksgemeinschaft und somit die deutsche Familie. Wie auch in der wirtschaftspolitischen Glorifizierung des mittelständisch-regionalen Zusammenhalts findet sich in der familienpolitischen Idealisierung die Behauptung einer quasi-naturegebenen Gemeinschaft, die in der Familie „gelebte Wirklichkeit“ werde.

Das dahinter stehende Familienmodell ist das der bürgerlichen Kleinfamilie, das jedoch aufgrund pluralisierter gesellschaftlicher Wertverhältnisse bereits Mitte der 1950er Jahre durch weitere Beziehungs- und Eltern-Kind-Modelle ergänzt wurde und an Normativität verlor. Die bürgerliche Kleinfamilie besteht idealerweise aus verheirateten Eltern, die eine lebenslange, monogame und heterosexuelle Ehe führen und in einer Haushaltsgemeinschaft mit den leiblichen Kindern leben. Die traditionelle geschlechtsspezifische Rollenverteilung weist dem Vater zu, der Hauptnährer und Familienvorstand zu sein. Die Mutter arbeitet im Haushalt und übernimmt die Betreuungsaufgaben. Mittlerweile ist sowohl der Aspekt der häuslichen Gemeinschaft als auch der Verwandtschaftsbeziehungen in den Hintergrund gerückt bzw. pluralisiert. Ausbildungs- oder Gerichtsfunktion als auch Betreuungs- und Erziehungsaufgaben liegen derzeit zu mehr oder weniger großen Teilen in der Hand staatlicher Institutionen wie Schule, Polizei und Gericht.

Entgegen der abnehmenden normativen Wirkung des Familienmodells der bürgerlichen Kleinfamilie in der Gesellschaft und der unter anderem durch die Einforderung uneingeschränkter demokratischer Rechte erreichte Abbau sozialer Ungleichheit bemüht sich die NPD um eine Herleitung ihres Gesellschaftsbildes aus vermeintlich natürlichen Gesetzmäßigkeiten. Kulturelle Phänomene wie lokale bzw. regionale Vergesellschaftungen (Tourismusverband, Vereinigung mittelständischer Unternehmen etc.) oder Familienmodelle speisen sich dem Programm der NPD nach aus Vorgaben der Natur, das heißt in diesem Sinne aus Ontologien bzw. Ursprungs- und Herkunftslegenden. Der Rückgriff auf mythische Gesellschaftsmodelle mag sich für Interessent/innen des Heiden- oder Germanentums in den Sommersonnenwendfeiern an den nordrhein-westfälischen Externsteinen³ ausdrücken, für die des Slogans „Ehre – Freiheit - Vaterland“ im Burschentag⁴, oder weniger mythisch

3 http://de.wikipedia.org/wiki/Externsteine#Bedeutung_in_der_Esoterik.

4 <http://de.wikipedia.org/wiki/Burschenschaft>.

als viel mehr glorifizierend für Neonazis in Wunsiedel⁵, Halbe⁶ oder am Völkerschlachtdenkmal in Leipzig⁷.

Forderung nach dem ‚Müttergehalt‘

Der zentrale Lösungsvorschlag der NPD ist das ‚Müttergehalt‘. Im Dilemma zwischen Berufstätigkeit und Kinderwunsch bzw. -betreuung würden sich Frauen meist für die berufliche Selbstverwirklichung, ökonomische Unabhängigkeit oder auch nur die Sicherung des Lebensunterhaltes entscheiden. Kapitalistische Erwartungen gegenüber Arbeitnehmer/innen seien grundsätzlich familienfeindlich. Unterstützt würde dies durch „das von etablierten Politikern, BRD-Medien und ‚Gesellschaftsgrößen‘ propagierte Leitbild schrankenloser Selbstverwirklichung auf Kosten der Gemeinschaft“⁸. Individuelle Entscheidungen sind in diesem völkischen Weltbild ein Verrat an der Gemeinschaft. Ziel soll es stattdessen sein, ‚häusliche Geborgenheit‘ zu sichern, um durch ‚natürliche Erziehung‘ die Persönlichkeitsentwicklung der jungen Menschen zu ermöglichen. Ein sozialversicherungspflichtiges ‚Müttergehalt‘ von 1.000 Euro netto, sowie 500 Euro für jedes weitere Kind soll ‚deutschen‘ Müttern – von Vätern ist nur im Falle von Alleinerziehenden die Rede – dafür eine finanzielle Absicherung bieten. Haushaltspolitisch sei dies keine Mehrbelastung, da das Geld durch die Nichtnutzung von Kindertagesstätten umgeschichtet werden könne. In ihren Vorschlägen zur ökonomischen Umsetzung vermischt die NPD bundes-, landes- und kommunalpolitische Themen. Einerseits könne ein ‚Müttergehalt‘ aufgrund seines Umfangs nur aus dem Bundeshaushalt bestritten werden. Da die NPD andererseits anführt, es handle sich um eine Ausgleichszahlung, unterschlägt sie, dass damit finanzielle Mittel, die aus der Mischfinanzierung von Kommunen als Trägern der Eigenbetriebe Kindertageseinrichtungen und Ländern freiwerden, nicht für eine derartige ‚Herdprämie‘ verfügbar wären. Die bundespolitische Ausrichtung derartiger Initiativen ist strategisch. Immer wieder bringt die NPD im Sächsischen Landtag Anträge ein, denen zufolge sich die Landesregierung auf Bundesebene für einen Sachverhalt einsetzen soll, der kein landespolitisches Thema darstellt. Darüber hinaus dringt die NPD auf ein Begrüßungsgeld für neugeborene ‚Deutsche‘ und zinslose Ehekredite zwecks der Familiengründung junger Ehepaare. Weitere Forderungen umfassen kostenlose Kindergartenplätze, ein kostenloses Mittagessen und eine kostenlose Beförderung zwischen Schule und Wohnort – natürlich nur für ‚deutsche‘ Kinder und ihre Eltern.

5 www.rechtsextremismusforschung.de/Doerfler-Klaerner_wunsiedel2004.pdf.

6 www.aktionsbuendnis-halbe.de/index.htm.

7 Röpke/Speit: Braune Kameradschaften: die militanten Neonazis im Schatten der NPD. Berlin 2005: 68.

8 Aktionsprogramm: 30.

Im Zuge der völkischen Familienpolitik finden sich in der rechtsextremen Szene viele Abtreibungsgegner/innen. Lediglich Schwangerschaften in der Folge von Vergewaltigungen, bei einer gesundheitlichen Gefährdung der Mutter, schweren Behinderungen oder einer erwartbaren Erbkrankheit des Kindes sind aus Sicht der NPD Gründe für einen Schwangerschaftsabbruch gegeben. Soziale Begründungen sind nicht ausreichend, da sie durch staatliche finanzielle Unterstützung ausgeglichen werden können.

Mit ihrem Engagement sucht die NPD Anschluss an Initiativen aus dem religiösen Spektrum, so unter anderem während der Eröffnung des Osnabrücker Katholikentages 2008. Freie Nationalisten unterstützten im selben Jahr in München eine Demonstration gegen Abtreibungen der christlich-fundamentalistischen Organisation EuroProLife.

Homo-, bi- und transsexuelle Lebensgemeinschaften

Homo- oder bisexuelle Beziehungen stehen in der Kritik, wobei eine „zunehmende Homosexualisierung“ als Schreckgespenst gemalt wird. Die NPD lehnt daher unter anderem die rechtliche und finanzielle Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften ab. So sprach der sächsische Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel 2007 von einem „rosaroten“ oder „warmen“ Thema, von „unnatürlichen Lebensgemeinschaften“, die „Ausreißer aus der Natur“ seien, die im Privatleben zu tolerieren sind, jedoch nicht als gesellschaftspolitische Leitidee.⁹ Nicht-heterosexuelle Identitäten und Beziehungen widersprächen dem „Normalempfinden der gesellschaftlichen Mehrheit“ und schüfen „sozialethische Verwirrung“. Da nicht-heterosexuelle Orientierungen und offene Familienmodelle nicht zum Bild einer ‚gesunden Familie‘ passten, stellten sie eine Gefährdung für das ‚gesunde Volk‘ dar. Diese Begründungen verdeutlichen einmal mehr, dass die behaupteten Naturgesetzmäßigkeiten wesentlicher und umfassender ideologischer Kern des rechtsextremen Weltbildes darstellen.

Migration und Familienpolitik

Doch es sind nicht nur die Diskussionen von Familien- und Beziehungsmodellen, die für die NPD sozialpolitisch ausschlaggebend sind. Kritisiert die NPD familienpolitische Regelungen auf Landes- oder Bundesebene, integriert sie dabei ihre rassistischen und fremdenfeindlichen Vorstellungen. Die vermeintlich oder real höheren Fertilitätsraten einzelner migrantischer Communities dient hier dazu, die Angst vor

9 [http://edas.landtag.sachsen.de/;4_PlPr_80_201_1_1_\[1\].pdf](http://edas.landtag.sachsen.de/;4_PlPr_80_201_1_1_[1].pdf): 6644 .

‚Überfremdung‘ zu schüren. Einem entsprechenden Vorwurf der Fremdenfeindlichkeit und des Rassismus begegnet die NPD mit der im ‚Sächsischen Weg‘¹⁰ propagierten Verbürgerlichung, infolge derer sie die Kategorie „Ausländer“ teilweise durch Zitation der Beschreibung „Menschen mit Migrationshintergrund“ ersetzt. Die Konsequenz bleibt jedoch dieselbe: „Heute tolerant, morgen fremd im eigenen Land!“ – und so kann denn auch im nächsten Abschnitt der Wahlkampfzeitung Sachsenstimme wieder althergebracht von „Asylanten“ geschrieben werden.

Jürgen Gansel zeichnete die apokalyptischen Situationsanalysen der NPD mit drastischen Worten in der 2006 parteiintern verteilten Schulungsbroschüre „Argumente für Kandidaten & Funktionsträger“¹¹ jedoch sehr klar: „In einem großen Schmelztiegel verkocht alles, bis aus Weißen und Schwarzen ‚Graue‘ geworden sind. (...) Diese ethnokulturellen Kastraten finden sich dann in einer kalten, egoistischen Wohlstandsgesellschaft wieder, in der jeder gegen jeden kämpft und das Recht des Stärkeren regiert, weil es keine nationale Solidarität und kein nationales Zusammengehörigkeitsgefühl mehr gibt. Wo das Volk stirbt (wie in der multikulturellen Gesellschaft), stirbt die Gemeinschaft, wo die Gemeinschaft stirbt, stirbt die Kultur und wo die Kultur stirbt, stirbt der einzelne Mensch.“ Gansel leitet seine Abschiebungsplänen aus der Annahme endogamer Familienbeziehungen muslimischer Bevölkerungsgruppen und eines „ausgeprägten Herkunftsbewusstseins“ her, infolgedessen sich seiner Meinung nach eine ‚Parallelgesellschaft‘ gründe. Interkulturellen Beziehungen droht Gansel mit der freiwilligen Ausreise nach dem „nationalen Klimawandel“.

Gender Mainstreaming und Riester-Rente

Gitta Schüßler beschränkt sich in ihrer Funktion als familien-, schul- und sportpolitische Sprecherin der sächsischen NPD-Fraktion unter anderem auf Anfragen zur Situation von Schulkindern in Familien mit Hartz IV-Finanzierung. Geschlechterfragen behandelt sie anhand der Belegung von sächsischen Frauenhäusern oder einem Antrag zur Einstellung aller sächsischen und bundesweiten „Gender Mainstreaming“ - Programme. Jürgen Gansel begründet diese letztgenannte Initiative der NPD damit, dass Gleichstellung von Frauen und Männern „widernatürliche Geschlechterpolitik“ darstelle, „die nur gestörte Wesen ohne Identität und Lebenshalt erzeugt“.¹²

Familienpolitische Anschlüsse stellt die NPD zu weiteren sozialpolitischen Bereichen her, die vorrangig dem Schwerpunkt der Stärkung strukturschwacher Regionen zuzuordnen sind. So begünstigen Schulschließungen wie auch Arbeitslosigkeit

10 http://nazis-nein-danke.de/index.php?option=com_content&view=article&id=71&catid=34.

11 <http://redok.de/content/view/687/78/>.

12 [http://edas.landtag.sachsen.de/;4_PlPr_133_201_1_1_\[1\].pdf](http://edas.landtag.sachsen.de/;4_PlPr_133_201_1_1_[1].pdf): 11210.

den Wegzug junger Familien und die Lockerung intergenerationeller Beziehungen. Daher fordert die NPD hier subventionierten bzw. kostengünstigen Wohnraum für junge ‚deutsche‘ Familien.

Weitere Kritik zielt auf den Rückbau des Sozialsystems und konzentriert sich auf den in Folge des Geburtenrückgangs nicht zu erfüllenden Generationenvertrag sowie das in diesem Zuge entwickelte Alterssicherungsmodell der ‚Riester-Rente‘. Diese sei die „Bankrotterklärung etablierter Familien-, Bevölkerungs- und Rentenpolitik“.¹³ Die Lösung sieht die NPD in der Ausgrenzung von Migrant/innen aus dem Sozial- und Rentenversicherungssystem.

GRÜNDUNGSZUSAMMENHÄNGE DES PROJEKTES „RECALL – MIT ELTERN GEGEN RECHTS“¹

Seit 2004 wandten sich verstärkt Einrichtungen der Jugendhilfe an die Mobilien Beratungsteams (MBT) des Kulturbüro Sachsen e.V. Ihre Anfragen bezogen sich auf Eltern als Adressaten einer Beratung im Kontext Rechtsextremismus. Neben ihrer direkten Beratung ging es dabei auch um mögliche Bewältigungsstrategien für die Mitarbeiter/innen in den Einrichtungen der Jugendhilfe. Die Institutionen zeigten Unsicherheit sowie fehlende Ressourcen an, das Thema Rechtsextremismus aus der Adressatensicht der Eltern zu bearbeiten.

Bildungsarbeit mit den Kolleg/innen in den Erziehungsberatungsstellen und Reflexion zu relevanten Fällen führten nicht zu der gewünschten Kompetenzvermittlung, die das aufgeworfene Problem lösen konnte. Nach einem Treffen von Mitarbeiter/innen des Paritätischen Landesverbands, des Kulturbüros Sachsen und Praktiker/innen aus dem Verbund Sozialpädagogischer Projekte Dresden e.V. (VSP) gab es die Idee, einen sachsenweiten Impuls zu initiieren, der das Spannungsfeld Elternarbeit und Rechtsextremismus thematisch bearbeitet und die Jugendhilfeakteure vor Ort perspektivisch handlungsfähig macht.

Die Betrachtung der einzelnen Fälle aus Zusammenhängen des MBT bis 2005 und des Elternberatungsnetzwerkes Ost² führte zu einer Beschreibung der Situation von Eltern im Spannungsfeld Rechtsextremismus und zu Grundannahmen von notwendiger Elternarbeit.

Insgesamt acht verschiedene Dimensionen ergaben sich dabei:

1. Eltern, die sich vergewissern wollen, inwieweit ihr Kind einer rechten Gruppe zugehörig ist.

Die Beratungskompetenz wurde hier im sicheren Clearing vermutet, das heißt in einem sicheren Umgang mit der Phänomenebene *Rechtsextremismus* und dem Wissen der Berater/innen, sich mit entsprechendem Verweisungswissen aus Netzwerken zu organisieren.

1 Modellprojekt im Bundesprogramm: „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“. Themenfeld 2: Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen mit dem Schwerpunkt: Qualifizierte Elternarbeit.

2 Das Elternberatungsnetzwerk Ost ist ein Zusammenschluss von verschiedenen Trägern, die sich mit der Beratung von Eltern und Angehörigen beschäftigen, deren Kinder sich in der rechtsextremen Szene bewegen.

2. Eltern, die um die Zugehörigkeit ihres Kindes zur rechten Szene oder um ein klares Bekenntnis zu einem rechtsextremen Weltbild wissen und einen Umgang damit suchen.

Die Durchführenden des Projektes vermuteten, dass nur eine reflexive Beschäftigung der Berater/innen mit rechtsextremen Ideologien und dessen Strategien, etwa die Schnittstellen zu Desintegrationsideen und Heilsversprechen,³ eine grundlegend vorhandene Beratungskompetenz unterstützen können.

3. Elterninitiativen im Spannungsfeld Rechtsextremismus.

Selbsthilfegruppen werden als geeignetes Setting vermutet, die Isolation einzelner Eltern aufzugeben und ein gewisses Empowerment zu betreiben. Gute Erfahrungen gab es bereits in Berlin mit einer Elterngruppe der Netzwerkstelle Lichtblicke.

4. Eltern, bei denen einer der Partner rechtsextrem ist.

Vermutet wurde, dass hier eine Verweisungskompetenz erreicht werden muss, da die Problemlagen Rechtsauslegungen zu Kindeswohlgefährdung einerseits und Aufenthalts- und Umgangsrechten andererseits umfassen.

5. Eltern, die Rechtsextremismus als Kausalzusammenhang beschreiben.

Vermutet wurde, dass traumatische Ereignisse, welche Kinder durchlebt haben, Auslöser von Verhalten der Kinder sein kann, welches von den Eltern als Problem wahrgenommen wird. Die Berater/innen sind hier nur bei einer entsprechenden therapeutischen Ausbildung und Eignung selbst tätig. In erster Linie wird es um Verweise auf andere Einrichtungen/Angebote gehen.

6. Eltern, die mit Straffälligkeit ihrer Kinder konfrontiert sind.

Vermutet wurde, dass es hier eine Ergänzung zu bestehenden Hilfesystemen, etwa der Jugendgerichtshilfe, geben kann.

7. Eltern, die selbst Rechtsextremisten sind.

Mitarbeiter/innen in Erziehungsberatungsstellen und anderen sozialen Bereichen sind zunehmend mit eindeutig sich rechtsextrem verortenden Adressaten konfrontiert. Sie suchen sowohl Strategien einer Bewältigung als auch Verfahren für einen Umgang.

8. Kinder und Jugendliche im Erziehungszusammenhang, deren Eltern Rechtsextreme sind.

Vermutet wurde, dass Kinder und Jugendliche, die sich in einem rechtsextremen Sozialisationsklima opportun verhalten, ihre Abnabelung vom Elternhaus unter besonderen Bedingungen bewältigen müssen.

3 Stamm. (1995). Sekten. Im Bann von Sucht und Macht. Ausstiegshilfen für Betroffene und Angehörige

Der Ruf nach politischen Maßnahmen für eine „richtige“ Erziehung erzeugt auch über die medial gefassten, allgemeinen Vorstellungen von „richtig“ und „falsch“ eine Situation, in der sich Eltern rechtfertigen müssen. Sie erfahren von ihrem Umfeld häufig eine Schuldzuweisung, die den realen Lebensumständen in keiner Weise gerecht wird. Eltern bleiben mit Fragen der Erziehung, aber auch ihren Versagensängsten und Schuldgefühlen allein. Beratungen von Eltern und im Besonderen von Eltern im Spannungsfeld Rechtsextremismus müssen geeignet sein, diese vom Einzelnen als Kontrollverlust und Versagen erlebten Situationen in eine neue Handlungsfähigkeit zu überführen.

Mit dem Projekt „Recall – Mit Eltern gegen Rechts“ konnte in Sachsen eine ins Bewusstsein gerückte Leerstelle im Beratungsangebot für Eltern geschlossen werden. Möglich wurde dies durch einen Kooperationsverbund zwischen dem Paritätischen Landesverband Sachsen und dem VSP Dresden mit dem Kulturbüro Sachsen e.V. Gemeinsam konnte die Bewerbung von „Recall“ als Bundesmodellprojekt erfolgreich in eine dreijährige Planungssicherheit geführt werden.

Besonders der VSP verfügte bereits zu Projektstart über eine hohe sozialräumliche Kompetenz und war fest verankert. Die Praktiker/innen des Kulturbüro Sachsen konnten dringend notwendige Ressourcen einbringen, die ein gänzlich neu zu implementierendes Projekt enorme Zeit gekostet hätte. Mit der Parität Sachsen konnte parallel zur pilothaften Arbeit des Projektes die sachsenweite Übertragung vorangetrieben werden.

Coaching und Bildungsarbeit sind im Kontext Jugendhilfe und Rechtsextremismus originäre Arbeitsfelder des Kulturbüro Sachsen.

Für die Koordination und Steuerung des Projektes der drei Träger konnte 2007 erfolgreich eine Kooperationsvereinbarung geschlossen werden. Mit ihrer Umsetzung wurde eine eigens eingerichtete Steuerungsgruppe beauftragt, die im Wesentlichen durch die Geschäftsführungen von VSP und Kulturbüro sowie dem Leiter der sozialen Dienste der Parität ausgefüllt wird.

ELTERNBERATER_INNEN DES RECALL-Projektes

ELTERNBERATUNG IM SPANNUNGSFELD RECHTSEXTREMISMUS

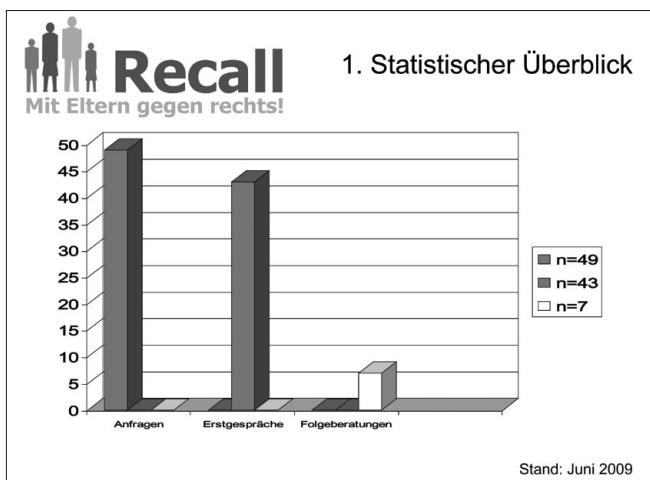
Im Oktober 2007 startete das Projekt „RECALL – Mit Eltern gegen Rechts“ als eine Kooperation des Verbund Sozialpädagogischer Projekte e.V., des paritätischen Wohlfahrtsverbandes und des Kulturbüros Sachsen e.V.

Ziel des Projektes ist die Schaffung eines nachhaltigen Beratungs- und Unterstützungsangebotes für Eltern von rechtsextrem orientierten oder gefährdeten Jugendlichen. Es soll die Möglichkeit bieten, sie in ihrer Erziehungs- und Selbsthilfekompetenz zu stärken.

Inwieweit Unterstützung gelingt, ist maßgeblich von dem Kontext abhängig, in dem sie stattfindet sowie von den Kompetenzen der Unterstützerinnen und Unterstützer. Deshalb suchten wir von Anfang an die Kooperation mit anderen Hilfsangeboten, Beratungsdiensten und Institutionen, deren Zielgruppe Eltern und Jugendliche sind, wie Schulen und Soziale Dienste des Jugendamtes. Parallel zur beginnenden Beratungs- und Vernetzungsarbeit absolvierten wir eine Weiterbildung beim Kooperationspartner Kulturbüro Sachsen e.V., in deren Ergebnis ein Curriculum entstand, welches anderen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Sachsen angeboten wird.

Wir wollen im Folgenden über unsere Erfahrungen zu den Zugängen von und zu Eltern und den Verlauf der Beratungsgespräche berichten.

Statistischer Überblick



Bis Juni 2009 wurden 49 Anfragen von Eltern an unser Projekt gestellt. In 43 Fällen kam es zu Erstberatungen. Auf sieben von ihnen folgten weiterführende Gespräche.

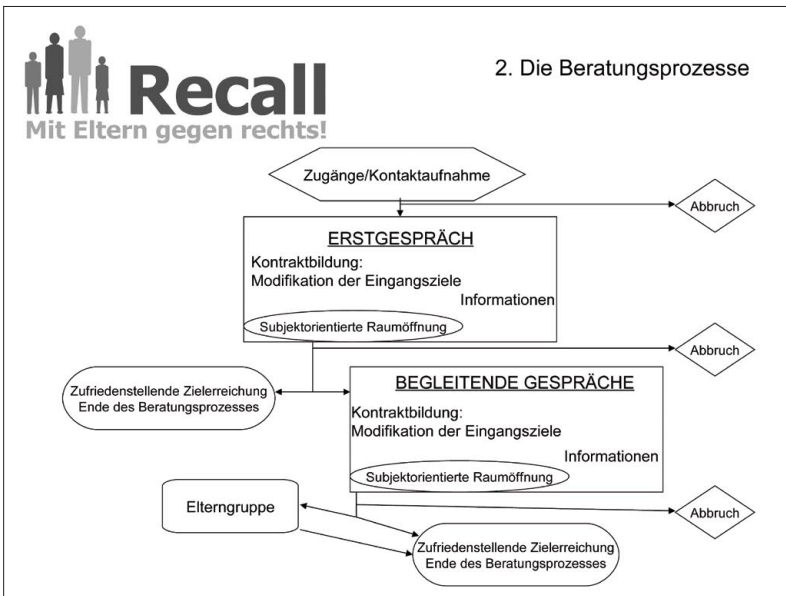
Settings

Die Elternberaterinnen und Elternberater orientieren sich an den individuellen Bedürfnissen der Eltern. Aus diesem Grund sind verschiedene Settings angeboten und erprobt worden. Eltern können über sozialräumliche Zugänge eine Beratung erhalten. Die Beraterinnen und Berater leisten auch landesweit aufsuchende Arbeit. Der wesentliche Grundsatz der Arbeit ist, den Eltern einen sicheren und wertschätzenden Gesprächsraum zu bieten.

Die Gespräche selbst sind offen. Das heißt, die Beraterinnen und Berater geben keine Struktur vor. Die Beratung orientiert sich an den Anliegen der betroffenen Eltern. Diese Herangehensweise liegt in der Erfahrung begründet, dass das Thema Rechtsextremismus nicht für sich steht, sondern immer gekoppelt ist an andere Themen, die mit Biographien, Familiensituationen und Familiengeschichten verbunden sind. Der mehrgenerationale Aspekt spielt in den Beratungen eine wichtige Rolle.

Es gab sowohl einmalige Beratungen als auch längerfristige Begleitungen. In akuten Drucksituationen wurde mit bereits bekannten Eltern und Angehörigen auch telefonisch gesprochen.

Interessierte Eltern wurden zur Gründung von Selbsthilfegruppen beraten und begleitet. Die Auseinandersetzung mit dem Thema wurde auch über bürgerschaftliches Engagement ermöglicht. Die Elternberaterinnen und Elternberater organisierten eine



Lesung zu dem Buch „Wenn Kinder rechtsextrem werden“ von Claudia Hempel und leiteten die anschließende Diskussion. Eltern setzten sich über die redaktionelle Arbeit an einer Broschüre zu sozialen und kulturellen Angeboten im Sozialraum mit dem Thema auseinander.

Zugänge

Am häufigsten fanden Eltern den Weg zu uns über Institutionen wie Aktion Zivilcourage, die Opferberatung, die Mobilen Beratungsteams des Kulturbüros Sachsen e.V. Aber auch mit unterschiedlichen Angeboten und Trägern der Jugendhilfe gibt es eine Zusammenarbeit.

Ratsuchende Eltern, die zum großen Teil aus der Mittelschicht stammen, nahmen das Angebot nach einer Eigenrecherche im Internet und direkten Anfragen an uns in Anspruch.

Überwiegend stellten Mütter den Erstkontakt her.

Nach Großveranstaltungen rechtsextremer Aktivitäten im öffentlichen Raum nahm der Beratungsbedarf entscheidend zu.

Ein weiterer wichtiger Zugang sind die sensibilisierten Helferinnen und Helfer, Beraterinnen und Berater, Unterstützerinnen und Unterstützer selbst. Rechtsextremismus ist nach wie vor ein tabuisiertes Thema. Wenn Eltern den Schritt gehen, über Rechtsextremismus in der Familie zu sprechen, ist der innere Druck so groß, dass sie ihn nicht mehr aushalten können. Ihre Not hat damit schon lange vorher begonnen und wird auf verschiedenen Wegen, zum Beispiel durch Ambivalenz und Unsicherheit gezeigt. Sensibilisierte Helferinnen und Helfer können mit einer gezielten Nachfrage Zugänge herstellen.

Die Arbeit mit Eltern in niederschweligen, nicht problemorientierten Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe ist ein weiterer Zugang. Insbesondere Eltern aus bildungsfernen Schichten zeigen ihre Problemlagen über interaktive Zusammenhänge an. Angebote, die eine Themen- und Rollenvielfalt ermöglichen, geben Eltern die Möglichkeit, einen Öffner/Zugang für die eigenen Belange zu wählen. Das Projekt RECALL nutzt demzufolge die sozialräumlichen, nichtproblemorientierten und partizipativen Zugänge der Einrichtungen der Jugendhilfe, wie zum Beispiel:

- offene Angebote für Eltern und Kinder,
- Elternbildungs- und Freizeitangebote,
- allgemeine, niederschwellige Beratungsangebote für Eltern.

Der Vertrauensaufbau zur Zielgruppe über einen längeren Zeitraum und in unterschiedlichen Interaktionszusammenhängen bildet die Grundlage für die Öffnung des

tabuisierten, hochschwellig-zugänglichen Themas Rechtsextremismus. Wird Beratungsbedarf sichtbar, werden Übergänge zur Elternberatung (Schutzraum) durch die Beraterinnen und Berater gestaltet.

Beispiel

Bei einem offenen Angebot einer Einrichtung für Eltern und Kinder wurde von Eltern über eine rechtsextreme Großveranstaltung gesprochen.

Dabei erkannten die Beraterinnen und Berater, dass ein Mitglied in der Familie anwesenden Frau M. rechtsorientiert ist.

Im Verlauf des Gesprächs ging es schließlich um den Slogan „Todesstrafe für Kinderschänder“. Frau M. berichtete, dass ihr 16-jähriger Sohn die Absicht habe, sich diesen tätowieren zu lassen. Dies wollte Frau M. verhindern. Sie sorgte sich insbesondere um seine Zukunftsperspektiven. Der Sohn soll nach ihren Vorstellungen eine Ausbildung im öffentlichen Dienst absolvieren.

M. beteuerte die nette und intelligente Art ihres Sohnes. Dabei wies sie auch darauf hin, dass er eigentlich „nicht so sei“.

Auf die Nachfragen, welche Unterstützungsmöglichkeiten es in ihrem Umfeld gebe, schwieg Frau M. und zeigte Anzeichen von Angst.

Da sie nicht mehr weiter in der Gruppe über das Thema sprechen wollte, wurde ihr ein Angebot für ein Einzelgespräch in einem geschützten Raum gemacht.

Erstgespräch/ Einmalberatung

Rahmenbedingungen und Qualitätsstandards

- Beratung zu zweit
- Datenschutz, Schweigepflichtszusicherung, bei Bedarf Anonymität
- Supervision/ Reflexionsmöglichkeiten
- Kenntnisse und Erfahrungen der Berater_innen (Fachwissen Rechtsextremismus, Beratungs- und Jugendhilfeeferfahrung, Sensibilität, Auseinandersetzung und Positionierung sowohl individuell als auch im Team)
- Einbindung und Vernetzung der Beratungsmöglichkeiten in Angebote mit niederschweligen Zugängen und die Vernetzung mit Fachinstitutionen
- Sicherheitsaspekte
- Ausschlusskriterien:
 - Arbeit mit den rechten Jugendlichen selbst
 - Hausbesuche
 - Betroffenheit der Beraterinnen und Berater durch Angehörige der Ratsuchenden

Der erste Kontakt

Die Gespräche beginnen mit der Herstellung des Kontraktes. Dabei geht es zunächst darum, das Projekt vorzustellen sowie die Ziele der Ratsuchenden zu erfahren. Diese sind dann auf eine realistische und gemeinsame Ebene zu führen. Alle Eltern kommen in die Beratung mit dem Wunsch, jemanden zu finden, der ihr Kind ändert, es aus der Szene holt, klare, aufklärende Worte findet. Das Ringen um „das Kind“ steht zentral im Blickfeld der Eltern. Dabei nehmen sie die eigenen Handlungsoptionen als sehr begrenzt wahr. Ohnmachts-, Scham- und Schuldgefühle sind spürbar und werden von den Eltern auch benannt.

Das Anliegen der Elternberaterinnen und Elternberater ist es, die Eltern sowohl im Umgang mit dem Thema als auch mit ihren Kindern zu stärken und zu unterstützen. Der Focus der Eltern soll dabei zunehmend auf die eigenen Handlungsmöglichkeiten und –felder sowie die eigenen Position gelenkt werden. Die Grenzerfahrungen von Eltern und die damit verbundenen Gefühle werden in den Mittelpunkt des Gespräches gerückt. Die Beratung von Eltern ist immer lebensweltorientiert.

Subjektorientierte Raumöffnung

Der Begriff subjektorientierte Raumöffnung kennzeichnet die Methode, die Fokussierung von Eltern auf den Rechtsextremismus ihrer Kinder um die Berücksichtigung weiterer bedeutsamer Anliegen und Problemlagen in der Familie zu erweitern. Rechtsextremistische Affinität oder Zugehörigkeit wird nicht als isoliertes Phänomen verstanden.

Die Erweiterung des Blickfeldes sowohl für andere Probleme in der Familie als auch auf innerfamiliäre und personale Ressourcen ist eine wichtige Voraussetzung, um mit den Eltern im Beratungsprozess neue Handlungsfelder und –möglichkeiten zu erschließen. Wertschätzung und Respekt sowie Verständnis für die Not der Eltern sind die Voraussetzung für die Beratungsgespräche. Nur auf dieser Grundlage entsteht die Möglichkeit der umfangreichen Beschreibung der Problemlagen durch die Eltern. Die geschichtliche und politische Dimension der Lebensgeschichten wird dabei von den Beraterinnen und Beratern beachtet.

Inhalte

In der Beratungsarbeit ergaben sich folgende Inhalte als zentrale Themenfelder:

- Fragen zu rechter Zugehörigkeit des Kindes
- Verlust von Lebensfreude und hohe Anspannung bei den Eltern
- Fremdwerden des eigenen Kindes (verändertes Verhalten des Kindes zum Beispiel Sprachgebrauch, Musik, neue Freundinnen oder Freunde)
- Ablösung des Kindes und Bedeutungszuwachs der Peer Group
- Angst vor Straffälligkeit des Kindes / Straffälligkeit des Kindes mit rechtsextremen Hintergrund
- Angst vor Gewalt / Umgang mit Gewalt
- Schuldgefühle
- Wunsch nach Austausch mit anderen Eltern

Information

Neben bzw. in Folge dieser Gesprächsinhalte bestand ein weiterer Teil der Arbeit in der Vermittlung von Informationen. Diese umfassten folgende Bereiche:

- juristische Informationen (Verbote v. Symbolen etc.)
- Verweis an andere Unterstützungs- und Hilfsangebote
- Informationen zur Entwicklung im Jugendalter
- allgemeine Informationen zum Thema Rechtsextremismus

Entwicklung von Handlungsstrategien

Die Erarbeitung von Handlungsstrategien ist ein weiterer Inhalt von Beratungsprozessen. Dabei geht es darum, Entlastung zu schaffen, bisherige Handlungsweisen zu reflektieren, Strategien im Umgang mit dem Thema sowie Schutz- und Sicherheitsstrategien für sich und die Familie zu finden.

Entlastung kann geschaffen werden, wenn Eltern die Erfahrung machen, dass ihnen zugehört wird, sie in ihrer Not Akzeptanz und Wertschätzung erfahren, Schuldgefühle wertfrei angesprochen und bearbeitet werden können, ihre Ressourcen aufgezeigt werden und sie in einen normalen Lebensalltag bestärkt werden. Darüber hinaus ist es wichtig, dass Eltern feststellen, dass sie nicht allein mit dem Thema sind. Viele Eltern haben das Bedürfnis, sich mit anderen auszutauschen.

Um eigene Handlungsstrategien zu erarbeiten sind Kenntnisse zur Entwicklung im Jugendalter sowie die reflektierte Kenntnis bisheriger Verhaltensweisen notwendig. Was war erfolgreich, was schafft Unzufriedenheit? Wie sieht die eigene Position aus, wie wird sie nach außen vertreten? Viele Eltern unterschätzen die Fähigkeit ihrer jugendlichen Kinder, eigene Entscheidungen zu treffen, besonders dann, wenn sie erst 12/13 Jahre alt sind. Deshalb sind Eltern oft überrascht, wenn sie den Weg ihrer Kinder zum Rechtsextremismus als bewusste Entscheidung erkennen.

Zu den Schutz- und Sicherheitsstrategien gehört, den Umgang mit Aggression und Gewalt des Kindes / Partners zu thematisieren, Eskalationsmuster aufzuzeigen und alternative Verhaltensmuster zu besprechen.

Zufriedenstellende Zielerreichung

Wenn es innerhalb eines zustande gekommenen Kontrakts zu einer Erleichterung und Erweiterung von Optionen kommt, wenn Eltern mit einer Handlungsstrategie aus der Beratung gehen, dann kann von einer zufriedenstellenden Zielerreichung gesprochen werden. Oft genügte dafür eine einmalige Beratung.

Beispiel:

Um einen geschützten Rahmen zu ermöglichen, wurde Frau M. ein Einzelgespräch angeboten, welches sie wahrnahm.

Frau M. schildert ihre Situation:

Frau M. ist in Sorge, dass sich ihr Sohn die berufliche Zukunft verbaut. Derzeit sitzt er viel vor dem PC und beschäftigt sich mit gewalttätigen Spielen. In seinem Zimmer hing er rechtsextreme Zeichen auf. Hinzu kommt sein Vorhaben, sich eine Tätowierung mit rechtem Inhalt machen zu lassen.

Frau M. bezog auf Nachfrage die Position, dass sie rechte Symbole in ihrem Haushalt nicht möchte. Sie berichtete, dass sie grundsätzlich eine gute Beziehung zu ihrem Sohn habe. Es ist für sie möglich, ihren Sohn auf die Symbole anzusprechen und ihren Standpunkt zu vertreten. Dabei konnte sie sich mit ihrem Anliegen, dass er die Symbole entfernt zum Teil durchsetzen. In dieser Handlungsweise wird sie vom Beraterinnen- und Beraterteam bestärkt. Frau M. wird weiterhin die rechts-extreme Tendenzen ihres Sohnes thematisieren, ihn zum Beispiel auf die geplante Tätowierung anzusprechen und kritisch damit umgehen.

Unterstützung für Frau M. ist nach ihrer Einschätzung in der Familie nicht vorhanden. Sie fühlt sich allein und handelt als Einzelperson. So schilderte sie, dass ihr Ehemann die Ansichten des Sohnes teilt und sein Verhalten nicht problematisch findet. Mit der Thematisierung dieses Aspekts deuteten sich Probleme in der partnerschaftlichen Beziehung und Kommunikation an. In diesem Zusammenhang eröffnete Frau M. dass sie von häuslicher Gewalt durch den Ehemann betroffen ist. Ihr wurden Hilfs- und Schutzangeboten genannt, die sie jedoch ablehnte. Diese Entscheidung wurde akzeptiert.

Im Beratungsgespräch konnten für ihr Hauptanliegen, die Klärung der beruflichen Perspektive ihres Sohnes, konkrete Schritte erarbeitet werden.

Begleitende Gespräche

In einigen Fällen gab es den Wunsch nach weiterführenden Gesprächen. Die Eltern befanden sich wiederholt in akuten Drucksituationen, woraus sich der Bedarf nach erneuter Unterstützung, Entlastung sowie einer Erweiterung ihrer Handlungsoption ergab. Zudem bestand der Wunsch nach erneuter Reflektion der bisherigen Aktivitäten der Eltern.

Elterngruppen

Selbsthilfegruppen und Initiativen betroffener Eltern werden als geeignete Unterstützungsmöglichkeit eingeschätzt. Sie sind eine gute Möglichkeit, sich gegenseitig Entlastung zu schaffen, Handlungsweisen zu reflektieren und zu verändern. Verständnis und gegenseitiger Respekt als Grundlage eines förderlichen Austausches sind aufgrund der gemeinsamen Konfrontation mit der spezifischen Situation, ein rechtsorientiertes Kind zu haben, schnell herstellbar.

Der häufig geäußerte Wunsch nach Vernetzung mit anderen Betroffenen, um die eigene Isolation zu überwinden, wurde durch Selbsthilfeangebote unterstützt. So wurde zum Bei-

spiel ein Treffen mit einer Selbsthilfegruppe aus Berlin ermöglicht. Durch krisenhafte Situationen bei interessierten Müttern wurde aber die Unterstützung durch Einzelberatungen notwendig. Bei einem nachlassenden Problemdruck ließ der Bedarf dann jeweils nach.

Beratungspraxis als Spannungsfeld

Die Beratung von Eltern rechtsextremer Jugendlicher ist ein Spannungsfeld mit verschiedenen Ebenen.

Eltern sind konfrontiert mit einer Entscheidung ihres Kindes, die sie nicht akzeptieren. Manche wollen sie unbedingt ändern, können es aber nicht und suchen nun jemanden, der es für sie tut. Andere suchen nach einem Umgang. Gemeinsam ist diesen Eltern, dass sie ihre Kinder lieben und Angst um sie haben.

Die Berater_innen sind mit den nicht realisierbaren Wünschen der Eltern konfrontiert und stehen vor der Aufgabe, mit ihnen die Modifikation der Ziele auf ein realistisches Maß zu verhandeln.

In diesem Prozess kommen beide Seiten nicht umhin, einen klaren Standpunkt zum Thema zu beziehen. Die eigene Haltung bildet für die Eltern die Grundlage für die Erschließung von Handlungsfeldern und -strategien. Die Berater_innen setzen mit der Offenlegung ihrer Position den Rahmen, in dem sie hilfreich sein können. Sie bewegen sich dabei zwischen Empathie für die Eltern, der eigenen Position und der des Teams. Dabei sind der Empathie für die Eltern durch die eigene Haltung Grenzen gesetzt.

Rechtsextremismus ist ein hochschwelliges und in diesem Bereich tabuisiertes Thema. Es ist ein langfristiges Beratungsangebot notwendig, wenn viele Eltern erreicht werden sollen.

MICHAEL NATTKE

DIE ENTWICKLUNG DES RECALL-FORTBILDUNGS-CURRICULUMS

Eine Möglichkeit zur Übertragung des nötigen Know-Hows für eine Elternberatung im Spannungsfeld von Neonazismus, Rassismus und völkischem Nationalismus.

Die Durchführung einer Elternberatung im Spannungsfeld von Neonazismus, Rassismus und völkischem Nationalismus unterliegt einer ganzen Reihe von Voraussetzungen. Auf der institutionellen Ebene ist dies zum Beispiel die Herstellung eines Rahmens, der ausreichende Zugangsmöglichkeiten zu den betroffenen Eltern und Familien gewährleistet. Auf der individuellen Ebene der Berater/innen geht es neben den sozialpädagogischen Fähigkeiten vor allem um das notwendige Wissen aus einem Bereich, welcher Praktiker/innen der Sozialen Arbeit nicht in jedem Fall erschlossen scheint.

Das Kulturbüro Sachsen e.V. ist seit 2001 mit der Beratung von lokalen Vereinen, Jugendinitiativen, Kirchgemeinden, Netzwerken, Firmen sowie Kommunalpolitik und Verwaltung in Sachsen mit dem Ziel beschäftigt, neonazistischen Strukturen eine aktive demokratische Zivilgesellschaft entgegenzusetzen. Dabei konnten weitreichende Erfahrungen in diesem Gebiet gesammelt werden. Um das notwendige Know-How für die Elternarbeit im Spannungsfeld von Neonazismus, Rassismus und völkischem Nationalismus an Berater/innen zu vermitteln, entwickelte das Kulturbüro Sachsen e.V. im Rahmen des Modellprojektes „Recall - Mit Eltern gegen rechts“ ein Fortbildungscurriculum für Sozialarbeiter/innen, Sozialpädagog/innen und Mitarbeiter/innen pädagogischer Berufe.

Die Rahmenbedingungen für das Fortbildungscurriculum waren zum einen, dass man beabsichtigte, das notwendige Know-How in bereits bestehende Angebote von Trägern zu implementieren. Die Durchführenden des Projektes waren sich darin einig, dass die Beratung für Eltern im Spannungsfeld Neonazismus nur als integriertes Zusatzangebot in bereits vorhandenen Familienberatungsstellen und/oder Stadtteiltreffs und ähnlichem über eine niedrighschwellige Zugangsmöglichkeit sinnvolle Wirkungen entfalten könne. Die Schaffung neuer Strukturen, wie einer sächsischen Beratungsstelle, die sich ausschließlich der Unterstützung von Eltern mit neonazistischen und/oder rassistischen Kindern widmet, erschien den nach zahlreichen Analysen und einem Erfahrungsaustausch mit Trägern ähnlicher Angebote in anderen Bundesländern wenig zielführend zu sein. Zum anderen war klar, dass keine wochen- oder monatelangen Ausbildungszeiträume zur Verfügung standen, da die Zielgruppe des Fortbildungscurriculums dieses neben der eigentlichen Berufstätigkeit wahrnehmen sollte. Eine prozessorientierte Entwicklung in enger Kooperation mit Praktiker/in-

nen aus Familienberatungsstellen und anderen Bereichen der Sozialen Arbeit machte Sinn, um deren Erfahrungen möglichst umfangreich zu integrieren. Die Zielsetzung war neben der Vermittlung allgemeiner und spezieller Kompetenzen im Umgang mit rassistischen, antisemitischen, demokratiefeindlichen, nationalistischen und/oder NS-verherrlichenden Erscheinungen stets der Diskurs sowie die Aktivierung eigener Handlungsspielräume in diesem Feld.

Das Ergebnis der gemeinsamen Bemühungen war ein Curriculum, welches aus drei aufeinander abgestimmten Modulen zu je drei Tagen bestand. Dabei wurde eine hohe Methodenvielfalt erreicht, welche neben den Inputreferaten von Expert/innen eine selbstständige Arbeit in Workshops und/oder Arbeitsgruppen als Schwerpunkt beinhaltet. Auf das Einbringen und die gemeinsame Reflexion von Fallbeispielen und Problemlagen aus der Praxis der Teilnehmenden wird besonderer Wert gelegt. Ihre Bearbeitung wird zum einen mit Hilfe von simulierten kollegialen Fallberatungen und zum anderen durch die Durchführung des Forumtheaters angegangen. Letzteres bietet einen besonders hohen Grad an Perspektivenwechseln und erfahrungsnahen Situationen an. Darüber hinaus können Entscheidungen, eigenes sowie fremdes Verhalten und Gegenverhalten beobachtet und analysiert werden.

Das erste Modul der Fortbildung soll durch die Vermittlung grundlegender Kenntnisse zu Strukturen und Inhalten neonazistischer und/oder völkisch-nationalistischer Erscheinungen eine eigene Annäherung an die Thematik ermöglichen. Die Diskussion extrem rechter Erscheinungsformen sowie theoretischer Deutungsansätze steht dabei ebenso im Vordergrund wie die Anwendung des erworbenen Wissens anhand eingebrachter Fälle aus dem Kreis der Teilnehmenden. Das zweite Modul widmet sich den aktuellen Aufttritts- und Wirkungsformen des Neonazismus in Sachsen. Die Teilnehmenden setzen sich mit verschiedenen Beteiligungsformen auseinander, die sich Neue Rechte und Neonazis zur Erlangung von Einfluss- und Deutungsmöglichkeiten zunutze machen und wenden die Erkenntnisse auf die eigene Praxis an. Bei der Durchführung des zweiten Moduls hat sich eine Kooperation mit dem Netzwerk für Demokratie und Courage Sachsen und den Beratungsstellen für Betroffene rechts-extremer und rassistischer Gewalt der RAA Sachsen e.V. als hilfreich erwiesen. Im dritten Modul stehen folgende Fragen im Mittelpunkt: Welche Gegenstrategien zur Auseinandersetzung mit menschenfeindlichen Weltbildern und Strukturen gibt es? Welche Herausforderungen existieren für die eigene Erziehungs- und Beratungspraxis? Was bedeutet sie für meine persönliche Tätigkeit in der Sozialen Arbeit? Die Diskussion von Beispielen, die von den Praktiker/innen der Sozialen Arbeit vorgestellt werden, ergänzen das Modul. Dessen Inhalte werden individuell an die Bedürfnisse der Teilnehmenden im jeweiligen Curriculum angepasst, um ihnen ausreichende Vertiefungen in ihrem persönlichen Arbeitsfeld zu ermöglichen.

Das Fortbildungscurriculum wurde nach seiner prozessorientierten Entwicklung

und ersten Erprobung im Jahr 2008 in der zweiten Jahreshälfte 2009 in einem Testlauf erstmals vollständig durchgeführt. Dabei wurden in umfangreichen Reflexionsrunden mit den Teilnehmenden leichte Modifikationen vorgenommen. Die Modullänge wurde auf drei mal zwei Tage reduziert und die Flexibilität bei der Themenauswahl erhöht. Das Fortbildungscurriculum kann in der überarbeiteten Form auf unterschiedliche Bereiche der Sozialen Arbeit seinen Schwerpunkt legen und ist demnach nicht nur für die Mitarbeiter/innen aus Familienberatungsstellen interessant. Insgesamt hat sich das Curriculum für den Wissenstransfer des Know-Hows im Spannungsfeld von Neonazismus, Rassismus und völkischem Nationalismus sehr gut bewährt. Die enge Zusammenarbeit von Praktiker/innen der Sozialen Arbeit mit Expert/innen aus dem Bereich der zivilgesellschaftlichen Arbeit für Demokratieentwicklung und gegen Neonazismus hat sich als gangbarer Weg erwiesen. Im Jahr 2010 wird das Curriculum in enger Kooperation mit dem Sozialwissenschaftlichen Fortbildungsinstitut für Fort- und Weiterbildung an der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit Dresden (FH) e.V. erstmals auch über den Rahmen des Modellprojektes hinaus angeboten. Es ist geplant, die Teilnehmenden der einzelnen Durchgänge langfristig miteinander zu vernetzen, um Möglichkeiten zu schaffen, sich auszutauschen und das erlangte Wissen in aufbauenden Weiterbildungen zu vertiefen und/oder regelmäßig zu aktualisieren. Darüber hinaus ist es perspektivisch angedacht, das entwickelte und erprobte Curriculum in die Ausbildung pädagogischer Studienrichtungen und Berufsausbildungen zu integrieren.

DIE NACHHALTIGKEIT DES BUNDESMODELLPROJEKTES „RECALL – MIT ELTERN GEGEN RECHTS“

Dokumentation eines Fachgesprächs

Im Oktober 2009 fand in Dresden ein Fachgespräch zur Elternarbeit im Spannungsfeld von Neonazismus, Rassismus und völkischem Nationalismus statt. Vorgestellt wurden erste Ergebnisse der Elternberatung im Projekt „Recall – mit Eltern gegen rechts“ sowie der Zwischenstand der Projektdurchführung in Sachsen. Ziel war es, aus den Erfahrungen des Projektes heraus eine Perspektive für die Fortsetzung des Projektes nach 2010 und damit über den Modellrahmen hinaus, zu entwickeln.

Festzustellen ist, dass zur Auseinandersetzung mit neonazistischen, rassistischen und demokratiefeindlichen Erscheinungsformen in Sachsen in den verschiedenen Lebensbereichen, wie Schule, Freizeit oder im öffentlichen Raum von Gemeinden und Kommunen zahlreiche Bemühungen unternommen werden, um das Erstarken menschenfeindlicher Potenziale aufzuhalten und/oder zurück zu drängen.

Allein Familien scheinen in der Auseinandersetzung mit dem Problem bisher oft allein gelassen. Das Bundesmodellprojekt „Recall - mit Eltern gegen rechts“ schließt diese Lücke und setzt dabei auf bereits vorhandenes know how in der sächsischen Familien- und Erziehungsberatung. Dafür wurde ein umfangreiches Setting im Modellzeitraum entwickelt und erprobt, dass im kommenden Jahr auf Sachsen ausgedehnt werden soll.

Die Übertragung des Angebots an Träger im Land wird über ein Fortbildungscurriculum umgesetzt, dass 2010 gemeinsam mit der Evangelischen Fachhochschule für Soziale Arbeit durchgeführt wird. Eine Zertifizierung der Fortbildung ist angestrebt. In diesem Curriculum stehen neben Wissensvermittlung über die aktuellen Erscheinungen des Rechtsextremismus in Sachsen vor allem Falldiskussionen und selbstreflexives Arbeiten der Teilnehmer/innen im Vordergrund. Sie werden so in die Lage versetzt, in der alltäglichen Konfrontation mit Rechtsextremismus angemessen zu reagieren und diese Erscheinungen als wichtige Einflussgröße in die Beratungsgespräche von Eltern mit einzubeziehen. In der Folge können die Beratungsträger, die an den Fortbildungen teilnehmen, eine zusätzliche Ressource in ihrer Arbeit vorweisen und sich somit professionell dieser Problemfacette zuwenden.

Im Ergebnis des Fachgesprächs, an dem Vertreter/innen von Landratsämtern, Beratungsstellen, Schulsozialarbeit, Sozialarbeiter/innen in offenen Treffs und der Landeselternrat teilnahmen, muss für die erfolgreiche Fortsetzung nach 2010 folgendes festgehalten werden:

Es bedarf für 2010 und 2011 und vielleicht auch noch darüber hinaus einer Vernetzung und begleitenden Struktur für Berater/innen, die ihnen Sicherheit im täglichen Umgang vermittelt. Neben der Fortsetzung des Curriculums ist es notwendig, eine Netzwerkstelle in Sachsen zu etablieren, die für staatliche Stellen wie zum Beispiel Jugendämter, Polizei und Jugendgerichtshilfe, für Schulen sowie für zivilgesellschaftliche Akteure als Ansprechpartnerin fungiert. Die Netzwerkstelle wird Beratungsanfragen regional verteilen, Evaluationen und kollegiale Beratungen organisieren und das Fortbildungscurriculum aktualisieren. Darüber hinaus besteht für den ersten Abschnitt der Übertragungsphase in das Land Sachsen die Notwendigkeit, dass erfahrene Berater/innen die ersten Elternberatungsprozesse begleiten.

Ende 2012 ist damit zu rechnen, dass sich der Begleitungsaufwand verringert und die Kompetenzen bei den Beratungsstellen und Trägern verankert sind.

Mittel- und langfristige Aufgabe des Landes Sachsen ist die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in alle Ausbildungsbereichen der sozialen und pädagogischen Arbeit.

Informationen zu den Autorinnen und Autoren

Reiner Becker, Dr. phil.

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Erziehungswissenschaft an der Philipps-Universität Marburg, seit September 2007 im Rahmen eines Drittmittelprojekts in der Landeskoordinierungsstelle des „Beratungsnetzwerks Hessen: Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“. Seit Januar 2009: Wissenschaftliche Begleitung des Modellprojekts „Jugendfeuerwehren strukturfür für Demokratie“ der deutschen Jugendfeuerwehr, gefördert durch das Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie“. Seine Dissertation unter dem Titel: „Ein normales Familienleben. Interaktion und Kommunikation zwischen rechten Jugendlichen und ihren Eltern“ erschien 2008 im Wochenschau-Verlag.

Grit Hanneforth

Seit 2001 als Geschäftsführerin im Kulturbüro Sachsen e.V. tätig. Sie hat Kulturwissenschaften und –management studiert und ist die Projektleiterin der Mobilien Beratungsteams in Sachsen.

Claudia Jerzak

Soziologin, seit mehreren Jahren in der Politischen Bildungsarbeit in Sachsen und in verschiedenen Initiativen für Demokratieentwicklung und gegen Neonazismus aktiv. Journalistische Tätigkeiten und Mitarbeit im Redaktionskollektiv „NIP – Nazis in den Parlamenten. Eine kritische Dokumentation.“ Seit 2009 in der Landtagsfraktion Bündnis90/Grüne in Sachsen tätig.

Michael Nattke

Seit 2009 Fachreferent für den Wissenschaft-Praxis-Transfer beim Kulturbüro Sachsen e.V., studierte Wirtschaftspädagogik, Politikwissenschaften und Soziologie an der TU Dresden. Er beschäftigt sich seit mehreren Jahren wissenschaftlich und in ehrenamtlichen Gruppen mit rechtsextremen Einstellungen und neonazistischen Strukturen in Sachsen.

Lars Rohwer

Mitglied des Sächsischen Landtags 1991 bis 1994 und seit November 1998; in der 3. Wahlperiode jugendpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion und in der 4. Wahlperiode Vorsitzender des Ausschusses für Schule und Sport. Zur Zeit Haushalts- und Finanzpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. Seit Jahren engagiert er sich gegen Rechtsextremismus in Sachsen.

Danilo Starosta

Diplompädagoge, seit 2005 Jugendhilfecoach des Kulturbüro Sachsen e.V. Studierte Kommunikations- und Medienwissenschaften, Soziologie und Erziehungswissenschaften in Leipzig und Dresden.

Elternberater_innen des Recall-Projektes

Die Erfahrungen aus dem Bundesmodellprojekt „Recall-mit Eltern gegen rechts“ haben gezeigt, dass die Anonymität der Beraterinnen und Berater sowohl aus sicherheitsrelevanten Erwägungen heraus, wie auch zum Aufbau eines Vertrauensverhältnisses mit den betroffenen Eltern sehr wichtig ist. Es erfolgt daher an dieser Stelle keine Nennung von Namen.

Organisationen

Verbund Sozialpädagogischer Projekte Dresden e.V. (VSP)

Der VSP ist ein Verbund verschiedener sozialpädagogischer Einrichtungen in Dresden. Die Adressat/innen sind Kinder, Jugendliche und deren Eltern sowie andere Bezugspersonen. Mit seiner Arbeit orientiert sich der VSP sowohl an den Personen als auch an ihren konkreten Lebenssituationen und -umständen.



Kulturbüro Sachsen e.V.

Das Kulturbüro Sachsen e.V. berät seit 2001 lokale Vereine, Jugendinitiativen, Kirchgemeinden, Netzwerke, Firmen sowie Kommunalpolitik und -verwaltungen mit dem Ziel, rechtsextremistischen Strukturen eine aktive demokratische Zivilgesellschaft entgegenzusetzen. In den Projekten werden Methoden und Inhalte erarbeitet, die bürgerschaftliches Engagement und konkretes Handlungswissen gegen Rechtsextremismus stärken und so eine demokratische Alltagskultur in sächsischen Kommunen und Landkreisen verankern.



Paritätischer Wohlfahrtsverband Sachsen

„Der PARITÄTISCHE Sachsen ist mit fast 500 eigenständigen Organisationen, Einrichtungen und Gruppierungen aus dem sozialen Bereich, der größte Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege in Sachsen.“



NEHMEN SIE KONTAKT ZU UNS AUF!

Wir beraten und unterstützen Eltern und Angehörige, die mit der Problematik des Rechtsextremismus ihrer Kinder konfrontiert sind. Die Beratungen sind vertraulich und kostenfrei. Auf Wunsch kann die beratene Person gegenüber der Beraterin oder dem Berater anonym bleiben.

Für die Region Sächsische Schweiz-Osterzgebirge:

per Telefon:

03501 - 470 03-0

Für den Freistaat Sachsen:

per Telefon:

0351 - 272 80 92 oder 0351 – 323 36 60 oder 0176 - 101 96 930

per e-mail:

kontakt@recall-sachsen.de

